



34. Sitzung, Dienstag, 13. Dezember 2011, 19.30 Uhr

Vorsitz: *Jürg Trachsel (SVP, Richterswil)*

Verhandlungsgegenstände

4. Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2012 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2012 – 2015 (KEF 2012) (Ausgabenbremse)

Antrag des Regierungsrates vom 14. September 2011, Nachtrag vom 2. November 2011 und geänderter Antrag der FIKO vom 24. November 2011 **4835a**..... Seite 2228

5. Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2012 und 2013

Antrag des Regierungsrates vom 14. September 2011 und geänderter Antrag der FIKO vom 24. November 2011 **4834a**..... Seite 2228

Verschiedenes

- Festtagswünsche der Regierungspräsidentin..... Seite 2296
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse..... Seite 2296

Geschäftsordnung

Ratspräsident Jürg Trachsel: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

4. Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2012 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2012 – 2015 (KEF 2012) (Ausgabenbremse)

Antrag des Regierungsrates vom 14. September 2011, Nachtrag vom 2. November 2011 und geänderter Antrag der FIKO vom 24. November 2011 **4835a**

Gleichzeitige Behandlung mit dem folgenden Traktandum

5. Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2012 und 2013

Antrag des Regierungsrates vom 14. September 2011 und geänderter Antrag der FIKO vom 24. November 2011 **4834a**

Fortsetzung der Verhandlungen.

8 Baudirektion

Konto 8000, Generalsekretariat

Konto 8100, Hochbauamt

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8300, Amt für Raumentwicklung

21. Minderheitsantrag Françoise Okopnik, Verena Albrecht (in Vertretung von Lothar Ziörjen), Martin Geilinger, Thomas Hardegger, Andras Hasler, Monika Spring, Thomas Wirth (KPB)

Budgetkredit Erfolgsrechnung

Verschlechterung: Fr. 600'000

Aufstockung um 390 Stellenprozente in der Abteilung Archäologie und Denkmalpflege, um das Direktionsziel Nr. 7.2, den Schutz der

Kulturgüter sicherzustellen, insbesondere den gesetzlichen Auftrag, das kantonale Inventar fertig zu erstellen, weiterzuführen und umzusetzen.

Stefan Krebs (SVP, Pfäffikon), Präsident der Kommission für Planung und Bau (KPB): Die Minderheit nimmt ein altes und in der ganzen Kommission mehr oder weniger unbestrittenes Thema auf. Das Inventar der denkmalgeschützten Bauten, das für die Rechtssicherheit der Bauherren und für die Gemeinden wichtig ist, kann mit dem heutigen Personalbestand nicht erstellt werden. Einzelheiten können Sie dem Berichtsteil der Kommission in der Vorlage entnehmen.

Die Mehrheit der KPB vertraut den vom Baudirektor seit längerem angekündigten Sofort- oder Sondermassnahmen zur Behebung des Missstands. Es sollen nun erst einmal Gelder aus dem NHS-Fonds (*Natur- und Heimatschutzfonds*) zur Finanzierung der Vorarbeiten verwendet werden. Die KPB hat zudem einen mehrheitlich unterstützten KEF-Antrag eingereicht, der nach Ansicht der Mehrheit dem Anliegen auf jeden Fall gerechter wird als ein einzelner Budgetantrag für das Jahr 2012.

Im Namen der Mehrheit der Kommission für Planung und Bau beantrage ich Ihnen deshalb, den Minderheitsantrag abzulehnen.

Monika Spring (SP, Zürich): Eigentlich wäre Françoise Okopnik hier die Sprecherin. Ich unterstütze diesen Antrag natürlich voll und ganz. Es geht darum, dass die Denkmalpflege ihren gesetzlichen Auftrag wahrnehmen kann. Sie ist beauftragt, die Inventare zu erstellen. Diese Inventare bekommen in der momentanen Situation eine ganz wichtige Bedeutung. Es geht nämlich darum, dass wir vor der Gesamtüberprüfung des Richtplans stehen. In diesem Zusammenhang stellt sich klar die Notwendigkeit, dass wir verdichten müssen. Das betrifft natürlich auch die Gemeinden in der Agglomeration und auch die Gemeinden zum Beispiel im Weinland oder im Zürcher Oberland. Viele dieser Gemeinden haben geschützte Ortsbilder. Wenn diese Ortsbilder und wichtigen Zeugen der Vergangenheit in diesen Gemeinden nicht geschützt beziehungsweise im Inventar sind, aber die Inventare nicht aktualisiert und nicht nachgeführt sind, dann haben wir ein grosses Problem. Dann können wir in diesen Gemeinden, wo es vielleicht notwendig und sinnvoll wäre, nicht verdichten. Damit diese Gemein-

den handlungsfähig bleiben, ihre Inventare nachgeführt sind und sie allfällige Ausbau- und Verdichtungswünsche in diesen Ortskernen auch wirklich planen und umsetzen können, sind sie auf die Inventare angewiesen.

Wir haben vom Baudirektor verlangt, dass er uns hier darlegt, wie tief dieser Rückstand ist. Wir haben das schriftlich bekommen. Der Rückstand beträgt 35 Arbeitsjahre. Wie lange wollen Sie warten, bis Sie diese Inventare nachführen?

Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen. Wir werden dann im KEF, wie es der Kommissionspräsident gesagt hat, einen Antrag, der weiter gefasst wird und strategischer formuliert ist, einreichen. Ich bitte Sie, diese Stellen jetzt zu bewilligen.

Der Herr Baudirektor hat sich zwar grosse Mühe gegeben, eine Zwischenlösung zu finden, aber diese Zwischenfinanzierung ist erstens nicht gesichert, weil auch noch ein Kürzungsantrag im Natur- und Heimatschutzfonds kommt, über den diese Stellen vorübergehend finanziert werden. Zweitens ist es nicht richtig. Gesetzliche Aufträge können wir nicht einfach über einen Fonds, der andere Aufgaben hat, finanzieren, sondern diese sollen über das normale Budget finanziert werden.

Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Hans-Heinrich Heusser (SVP, Seegräben): Grundsätzlich ist unserer Meinung nach die Personalplanung Sache der Exekutive. Es ist nicht unsere Sache, Stellen zusätzlich zu bewilligen, die nicht gefragt sind.

Es ist auch die Frage bei diesem Thema, ob die Archäologie nicht an ein Fass ohne Boden grenzt. Man kann sicher nicht gegen alles sein. Aber wenn man sieht, wie viel und wo überall heute und was alles aus archäologischer Sicht ausgegraben wird, dass dies nachher für teures Geld gelagert und gepflegt werden muss und ob das jemals irgendjemanden wieder interessiert, dann ist das eine grundsätzliche Frage, die man sich auch bei diesem Thema einmal stellen müsste. Es gibt auch Leute, die das anders sehen als Monika Spring, die sagen, je mehr Inventare und geschützte Objekte wir haben, desto schwieriger wird das Bauen für die Privaten in den Dörfern.

Ich schliesse mich daher dem Präsidenten der KPB an, dass dies ein Thema der Exekutive ist. Wir sollten deshalb keine zusätzlichen Stellen bewilligen, wie das die Minderheit will, ohne dass dies wirklich ausgewiesen ist.

Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon): Es ist unbestritten, dass der Kanton im Bereich Denkmalpflege und Archäologie wichtige Arbeiten zu leisten hat und dass in diesem Bereich ein nicht unerheblicher Nachholbedarf besteht, wie das Monika Spring erwähnt hat. Das war bereits mehrmals in der vorberatenden Kommission ein Thema. Auch das hat Stefan Krebs schon ausführlich erwähnt. Dabei lag aber das Hauptaugenmerk bei der Lösungsfindung schwergewichtig auf dem Aspekt, dass entsprechende Lösungen auf Basis von Fremdmandaten gesucht würden. Dies ist auch der Hauptgrund, warum die CVP-Fraktion in der Mehrheit gegen eine Stellenprozentenerhöhung ist und deshalb den Minderheitsantrag ablehnen wird.

Wir erwarten vom Baudirektor jedoch, dass er entsprechende alternative Lösungen findet, und zwar bald.

Françoise Okopnik (Grüne, Zürich): Ich entschuldige mich für meine Verspätung. Monika Spring hat mich aufs Trefflichste vertreten. Hier ein paar Repliken zur Gegenseite.

Hans-Heinrich Heusser, man könnte auch die Bauherren für die Inventare zur Kasse bitten, denn es ist im Interesse der Bauherrschaften, dass diese Inventare aktuell sind. Wenn sie nicht aktuell sind, dauern die Bauverfahren bedeutend länger, bis Bewilligungen vorliegen. Das ist kaum jemals im Interesse von Bauherrschaften.

Man könnte auch die Fremdmandate, Josef Wiederkehr, durch die Bauherren finanzieren. Dann hätten wir ein Nullsummenspiel. Aber nichtsdestotrotz ist es eine hoheitliche Aufgabe, diese Inventare zu erstellen. Deshalb kann man es nicht einfach auswärts geben oder Bauherrschaften zur Kasse bitten.

Ich bitte Sie daher, der bescheidenen Aufstockung um 3,9 Stellen zuzustimmen, wenn man bedenkt, wie hoch der Arbeitsaufwand ist, nämlich sogenannte 35 Mannjahre. Ich schätze, wenn man Frauen dafür einsetzen würde, bräuchte es wahrscheinlich nur die Hälfte. (*Heiterkeit.*)

Markus Schaaf (EVP, Zell): Wir haben dieser Tage Kürzungen in der Gesundheitsdirektion, in der Bildung, in der Rechtspflege und bei den Parlamentsdiensten beschlossen. Da scheint es nun nicht angemessen, weiter Geld zu sprechen. Angesichts all dieser Kürzungen hat diese Position für uns keine Priorität.

Wir werden sie nicht unterstützen.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Die Ratslinke beantragt wie jedes Jahr 390 Stellenprozent für Archäologie und Denkmalpflege. Diese 600'000 Franken erachten wir als unnötig und Wunschkonzert. Ein gutes Beispiel, dass dies unnötig ist, zeigt das Bellevue-Parkhaus. Als archäologische Funde entdeckt wurden, wurden die Bauarbeiten für ein Jahr unterbrochen. Etwa 60 Personen rückten mit Schaufel, Gabel und Pinsel aus. Im Staatskalender sind 59 Personen aufgeführt, die jetzt schon in diesen zwei Abteilungen tätig sind. Das ist ganz sicher genug.

Die EDU wird den Minderheitsantrag nicht unterstützen.

Françoise Okopnik (Grüne, Zürich), spricht zum zweiten Mal: Lieber Hans Egli, Sie scheinen die Archäologie mit der Denkmalpflege zu verwechseln. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe.

Wir verlangen die Stellen für die Denkmalpflege nicht für die Archäologie.

Regierungsrat Markus Kägi: Es ist richtig, dass immer wieder ein solcher Antrag bei den letzten Budgets, seit ich dabei bin, gestellt wurde.

Ich kann Ihnen Folgendes mitteilen: Für die Vorarbeiten zur Fertigstellung und Weiterführung des kantonalen Inventars sind im Natur- und Heimatschutzfonds im aktuellen Budgetentwurf Mittel von rund 300'000 Franken eingestellt, was rund 200 Stellenprozent entspricht. Bei den Vorarbeiten handelt es sich um eine vorübergehende Lösung zur physischen Sicherung und Ergänzung der vorhandenen Inventargrundlagen.

Josef Wiederkehr fordert Innovation. Sie wissen, wir haben es gesucht. Wir wollten einen anderen Weg gehen. Leider ist der rechtlich nicht möglich. Ich bin aber sehr dankbar, wenn Sie mir noch einige Tipps geben werden.

Die weiteren Arbeiten müssen zulasten des ARE (*Amt für Raumentwicklung*) gehen. Ihre Finanzierung ist mit dem heutigen Budgetentwurf noch nicht sichergestellt. Ich bin froh, dass ich nicht mehr 35 Mannjahre ins Budget einstellen muss, sondern nur noch die Hälfte mit 17,5 «Fraujahren», was das Budget sicherlich um die Hälfte entlasten wird. Zudem müsste der Regierungsrat diese Stellenplanerhöhung als Gesamtes bewilligen.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag 21a von Françoise Okopnik wird dem Antrag der FIKO gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Antrag der FIKO mit 106 : 63 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8400, Tiefbauamt

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8500, Amt für Abfall, Wasser und Luft

22. Antrag FIKO: entspricht Minderheitsantrag von Hanspeter Haug und Mitunterzeichnenden

Minderheitsantrag Hanspeter Haug, Lorenz Habicher, Konrad Langhart, Christian Lucek, Orlando Wyss (KEVU):

Budgetkredit Investitionsrechnung

alt: Fr. - 39'862'700

neu: Fr. - 38'862'700

Verbesserung: Fr. 1'000'000

Reduktion um 1 Mio. Franken bei Revitalisierungen (E4), Rückstellung der Projektausführungen Gewässer-Renaturierung. Einsparung bei Projekten mit offenem Kreditbeschluss.

Minderheitsantrag Sabine Sieber, Rosmarie Joss, Regula Kaeser (FIKO)

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

Kredit mit Sperrvermerk Investitionsrechnung (§ 16 Abs. 1 CRG) für:

– Wasserbauinvestitionen

Leistungsindikatoren L1, L5, L6 und L11

Ruedi Lais (SP, Wallisellen), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Im Namen der KEVU beantrage ich Ihnen die Ablehnung des Antrags der FIKO.

Es geht um die Kürzung um 1 Million Franken beim Hochwasserschutz. Die Verwaltung hat uns mitgeteilt, was das ganz konkret bedeutet. Das lege ich Ihnen offen. Es geht um das Hochwasser-Rückhaltebecken Hegmatten in Winterthur. Das haben wir hier drin am 10. Januar 2011 genehmigt mit Überwindung der Ausgabenbremse. Es geht darum, dass man hundertjährige Hochwasser berücksichtigt. Das letzte fand 1876 statt. Für all diejenigen, die abergläubisch sind, es ist schon einige Jahre überfällig, dass wieder ein hundertjähriges Hochwasser Winterthur verwüstet. Man schätzt den Schaden ohne das Hochwasser-Rückhaltebecken auf 400 Millionen Franken. Mit dem Hochwasser-Rückhaltebecken könnten die Schäden auf 100 Millionen Franken reduziert werden.

Die FDP hat bei der letzten Debatte im Januar 2011 durch Alex Gantner gemeldet, das sei eine prioritäre Massnahme des Hochwasserschutzes. Diese Meinung teilt die Mehrheit der KEVU.

Das zweite Projekt, das durch diese Kürzung verschoben würde, ist der Hochwasserschutz am Aabach im Zellwegerareal in Uster. Auch dort wäre eine Verzögerung von einem halben Jahr in Kauf zu nehmen laut Verwaltung. Hier geht es darum, in einem gemeinsamen Projekt zusammen mit der Stadt Uster, das der Stadtrat von Uster vor zwei Monaten dem Gemeinderat beantragt hat, ab nächstem Jahr dieses Zellwegerareal zu gestalten. Der Kanton würde im gleichen Zug den Hochwasserschutz an diesem Aabach sicherstellen.

Die Mehrheit der KEVU hält den Hochwasserschutz für eine wichtige Aufgabe und beantragt Ihnen Zustimmung zum Budget des Regierungsrates.

Selbstverständlich kann man immer hoffen, dass das Hochwasser gerade 2012 nicht kommt. Aber, Sie werden wohl auch nicht jedes Jahr Ihre Versicherungen kündigen und erst nach dem nächsten Schaden sich wieder versichern. Es geht um ein sehr langfristiges Programm des Hochwasserschutzes, das das AWEL (*Amt für Wasser, Energie und Luft*) verfolgt. Hier schlägt Ihnen die KEVU vor, dieses konsequent weiterzuverfolgen.

Die Minderheit in der KEVU besteht aus der SVP. Die war schon kritisch beim Hochwasser-Rückhaltebecken Hegmatten. Das hat sich in einigen Enthaltungen beim Hochwasser-Rückhaltebecken und einer Gegenstimme geäußert. Diese Kritik am Hochwasserschutz auf Kosten des Kulturlands kam auch in der KEVU wieder zum Ausdruck und wird sich sicher in der Debatte hier nochmals äussern.

Die KEVU-Mehrheit beantragt Ihnen Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates und Ablehnung des FIKO-Antrags.

Andreas Wolf (Grüne, Dietikon): Der vorliegende Antrag möchte 1 Million Franken bei der Revitalisierung von Gewässern sparen. Das allein wäre schon Grund genug, diesen Antrag abzulehnen. Revitalisierungen geschehen aber momentan fast ausschliesslich im Zusammenhang mit Hochwasserschutz-Massnahmen. Bei diesem Antrag geht es deshalb nicht nur um die Revitalisierung von Gewässern, sondern vor allem um die Hochwassersicherheit von zwei der drei grössten Städte des Kantons. Von den Sparmassnahmen betroffen wären, wie bereits von Ruedi Lais erwähnt, der Aabach in Uster und das Hochwasser-Auffangbecken Hegmatten in Winterthur. Beim Projekt Hegmatten handelt es sich um eines der bedeutendsten Hochwasserschutzprojekte der kommenden Jahre. Es soll das Risiko vermindern, dass die Eulach bei Extremereignissen über die Ufer tritt. Ein hundertjähriges Hochwasser hätte momentan einen Schaden von 400 Millionen Franken zur Folge. Können Sie wirklich ein solches Risiko verantworten und einer Verzögerung der notwendigen Hochwasserschutz-Massnahmen zustimmen? Ich bin immer noch der Meinung, dass das Sparen auf Kosten der Sicherheit ein Sparen am falschen Ort ist.

Ich glaube auch, dass Hanspeter Haug, wäre ein Hochwasserschutz-Projekt in seiner Gemeinde vom Sparantrag betroffen, diesen Antrag kaum gestellt hätte.

Ich bitte Sie daher im Namen meiner Fraktion, den vorliegenden Antrag abzulehnen.

Roland Munz (SP, Zürich): Wenn man dem hier vorliegenden Antrag der FIKO etwas zugute halten kann, dann dies, dass für einmal gesagt wird, auf welche Leistungen konkret verzichtet werden soll. Das ist dann aber auch schon alles des Guten.

Wir müssen uns vor Augen führen, worum es hier geht. Im schweizerischen Mittelland sind rund 40 Prozent der Fliessgewässer verbaut, in Siedlungsgebieten sogar rund 80 Prozent. Der Kanton Zürich verfügt über rund 3500 Kilometer Gewässer. Davon konnten dieses Jahr rund 4 Kilometer renaturiert werden, so um die Grössenverhältnisse zu kennen. 2010 waren es noch rund 10 Kilometer und für die kommenden Jahre sind rund 5 vorgesehen. Das revidierte eidgenössische Gewässerschutzgesetz schreibt aber in seinem Kern die Pflicht vor, Gewässer zu renaturieren. Diese Pflicht ist seit dem 1. Januar 2011 zwingend für die Kantone, weshalb sich der Bund mit 40 Millionen Franken pro Jahr daran beteiligen will. Der 1.1.11 sind vielleicht ein bisschen viele «Einsen» für die SVP-Mathematik mit eins gleich null. Das ist vielleicht schwierig zu verstehen. Nichtsdestotrotz verlangt das Bundesrecht nicht nur die Renaturierung, es verlangt überdies, dass die Renaturierungsplanung an stehenden Gewässern bis 2018 abgeschlossen und dass die Planungsarbeiten an Fliessgewässer-Revitalisierungen innerhalb von vier Jahren erstellt werden müssen. Bei Renaturierungsprojekten sind wir also in der Pflicht des neuen, gültigen Bundesrechts inklusive seiner verpflichtenden Fristen. Spielraum für Zurückstellungen haben wir also eher wenig, wollen wir nicht in sehr wenigen Jahren einem riesigen Nachholbedarf, der dann wohl auch nicht gratis sein wird, gegenüberstehen.

Zum Zweiten, das wurde auch schon gesagt, geht es bei Projekten in diesen Bereichen in der Praxis vor allem um Wasserbauinvestitionen betreffend des Hochwasserschutzes. Allen Mitgliedern der KEVU, aber sicher auch der FIKO ist klipp und klar dargelegt worden, dass der beantragte Kürzungsantrag der FIKO dazuführt, dass die beiden Hochwasserschutz-Vorhaben Hegmatten und Aabach zurückgestellt werden müssen. Bei beiden Vorhaben handelt es sich um ernsthaft und dringlich benötigte Bauten. Wer hier Ja sagt zur Kürzung, der hat die Aussetzung dieser beiden konkreten, besonders wichtigen Anlagen direkt zu verantworten. Wir alle hoffen natürlich, dass das Wetter

der betroffenen Bevölkerung gnädig bleibt. Doch eine weitere Verschleppung dieser Schutzprojekte ist schlicht verantwortungslos.

Aus den beiden Gründen, erstens der Pflicht des revidierten Bundesrechts und zweitens wegen des dringlichen Schutzes vor Hochwasserschäden ist von allen anwesenden Ratsmitgliedern mit Verantwortungs- und Rechtsbewusstsein die Ablehnung der aufs Größte fahrlässigen FIKO-Kürzung zu erwarten. Nicht ohne Grund steht die sicher gut informierte Fachkommission KEVU nicht hinter dem Kürzungsantrag. Wer das nicht einsehen kann, beantrage bitte Rückkommen auf Position 9000, um mehr Mittel für die kantonsrätliche Weiterbildung einzustellen.

Hanspeter Haug (SVP, Weiningen): Ja, ich habe aus den letzten acht Budgetdebatten gelernt, indem ich meinem Kürzungsantrag nicht die Vogelperspektive zu Grunde gelegt habe, sondern die Maulwurfperspektive. Deshalb bin ich zum Kürzungsantrag beim AWEL bei der Revitalisierung der Gewässer gekommen. Ich möchte hier klar unterscheiden zwischen Hochwasserschutz und Kulturlandvernichtung bezüglich Revitalisierung und Renaturierung von Gewässern.

Andreas Wolf, in meiner Gemeinde haben wir den Dorfteil «Fahrweid». Dort wurde ebenfalls ein Hochwasserschutzprojekt durchgeführt. Sie sehen, ich verwehre mich nicht gegen den Hochwasserschutz. Ich verwehre mich aber gegen die Kulturlandvernichtung bei der Aufweitung von Gewässern, bei der Mäandrierung der Gewässer und zusätzlich heute nach dem neuen Gewässerschutzgesetz, das uns Landwirten völlig unlogisch ist, weshalb in Bern die Landwirtschaftslobby hier nicht Pfähle eingeschlagen, sondern das durchgewinkt hat. Das wundert uns heute. Wir werden uns mit allen Mitteln gegen diese Ausuferung der Gewässer im wahrsten Sinne des Wortes wehren.

Ich schlage zwei Fliegen mit einer Klappe. Zum einen sparen wir 1 Million Franken ein. Das tut dem Budget gut. Zum anderen kann ich hier klar dokumentieren, dass wir uns vehement wehren werden gegen diese neuen Bestimmungen und gegen die Art und Weise, wie sie ausgeführt werden.

Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil): Ich bin, wenn ich Hanspeter Haug höre, richtig davon ausgegangen, dass es das Wetterleuchten ist auf das Gewitter, das aufzieht von Bundesbern in Bezug auf die Revitalisierungen und Gewässerabstandslinien. Wir müssen hier aber doch klar sagen, dass es um Projekte geht, die nicht ausgeführt werden im Bereich Hochwasserschutz. Seriöses Arbeiten eines Parlaments ist, wenn man sich mindestens ein Jahr zurückbesinnen mag, was man mit sehr grossem Mehr angenommen hat.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Eine kleine Präzision: Die reine Revitalisierung von Bächen findet nicht in der Investitionsrechnung statt. Der Rahmenkredit zur Revitalisierung der Bäche ist ausgeschöpft. Da gibt es noch zwei, drei Restposten, die abgearbeitet werden müssen. Da wurden schon seit zwei Jahren keine neuen Zusagen mehr gemacht. Da braucht man auch nichts zu streichen. Über den nächsten Rahmenkredit im Rahmen des revidierten Gewässerschutzgesetzes streiten wir dann in den Jahren 2014 und 2015. Ich verstehe nicht ganz, Hanspeter Haug, wieso Sie hier eine Diskussion wiederholen, die wir in diesem Saal geführt und damals klar mit einer sehr grossen Mehrheit auch aus Ihrer Fraktion entschieden haben, dass wir den Hochwasserschutz Winterthur machen.

Die SP wurde sehr stark verspottet, dass sie in ihrem Parteiprogramm immer noch den Kapitalismus überwinden will. Was Sie hier machen, ist die viel bessere Variante. Wir haben massive Hochwasserschutzdefizite für die Stadt Zürich mit all den Gefahrenkarten, die jetzt erarbeitet werden. Damit sehen wir, wo Hochwasserschutz vorgenommen werden muss. Indem Sie das Ganze aufstauen, verhindern Sie dann auch einen zeitgerechten Schutz des Finanzzentrums Zürich. Sie lassen auch den Finanzplatz absaufen. Sie schwatzen im Parteiprogramm darüber. Ich denke, wir sollten hier endlich vorwärts machen.

Benno Scherrer Moser (GLP, Uster): Nachdem wir in den letzten Jahren diesbezüglich immer wieder Ausweitungsanträge der SP hatten und letztes Jahr von uns Grünliberalen ein Kürzungsantrag bei dieser Direktion unterstützt wurde, kommt jetzt die SVP, welche diese Renaturierungen und Revitalisierungen zusammenstreichen will. Diese Anliegen sind ein Verfassungsauftrag. Bezüglich Gewässerausweitungen und damit – es ist einzugestehen – ein Verlust an Fruchtfolge-

flächen ist das Bewusstsein geschärft, auch in Zusammenhang mit den SABA (*Strassenabwasser-Behandlungsanlagen*). Wir halten am Verfassungsauftrag zur Revitalisierung der Gewässer fest und stehen auch in diesem Fall hinter dem Antrag, damit unser Lebensraum für Mensch und Natur attraktiv sein kann.

Martin Geilinger (Grüne, Winterthur): Ich melde mich aus dem Finanzplatz Winterthur noch mit trockenen Füßen.

Der Antrag kommt wirklich zur Unzeit. Dass wir erst vor kurzem den Kredit für das Hochwasserschutzprojekt Hegmatten bewilligt haben, ist das eine. Dass die Baudirektion daran ist, das Projekt aufzugleisen, dass intensive Verhandlungen mit den betroffenen Grundeigentümern stattfinden, wozu unsere Genossenschaft gehört, ist das Zweite. Dass die Privaten, die betroffen sind – wir haben überhaupt keine Freude an diesen Bauarbeiten, sie sind eine enorme Belastung für uns –, daran sind, sich einzurichten, dass die Bauarbeiten dann im 2013 stattfinden werden, ihre eigenen Erfahrungen aufgleisen, das ist das Dritte. Jetzt ist es viel zu spät. Es ist eine absolute Unzeit, da noch die Handbremse ziehen zu wollen und das nur darum, weil ein paar Fruchtfolgeflächen alle 100 Jahre einmal unter Wasser stehen. Es geht letztlich um Gemüseflächen Ihres ehemaligen Kantonsratskollegen Christian

Achermann, der dort Gemüse anbaut. Das sind Fruchtfolgeflächen, die weiterhin bebaut werden können. Alle 50 bis 100 Jahre werden die Salate halt mal nass.

Alex Gantner (FDP, Maur): Vorweg drei Vorbemerkungen, es sind auch drei Fakten. Erstens, bei dieser Kürzung der Investitionsrechnung um 1 Million Franken vom Niveau 40 Millionen auf das Niveau 39 Millionen Franken handelt es sich um 2,5 Prozent.

Der zweite Punkt: Die Mitglieder der KEVU wurden vom Generalsekretariat der Baudirektion informiert, dass zwei Projekte, die insgesamt 37,5 Millionen Franken ausmachen, den Grossteil dieses Budgetpostens beinhalten. Wir haben schon gehört, um welche Projekte es sich hier handelt, einerseits in Winterthur, andererseits in Uster.

Wir wissen drittens, dass bei jeder Investition ein Posten für Reserve und Unvorhergesehenes von ein paar Prozentpunkten der totalen Investitionssumme existiert. Das ist die Ausgangslage.

Es erstaunt, dass in der gleichen Antwort der Baudirektion in Aussicht gestellt wird, dass sich beide Projekte je um ein halbes Jahr verzögern würden. Das kann es wirklich nicht sein. Ich adressiere hier an den Baudirektor und die entsprechenden Projektverantwortlichen: Das ist eine leere Drohung ohne Substanz, schlichtweg nicht nachvollziehbar. Die beiden Projekte können und werden trotz 1 Million Franken weniger ohne Zeitverzug realisiert werden.

Wir von der FDP – ich spreche bestimmt auch für alle Befürworter dieses Antrags – sind nicht gegen die Projekte. Sie waren und sind immer noch prioritär. Unser Signal ist es, bei diesen Projekten während der Projektausführung nochmals mit dem spitzen Bleistift über die Bücher zu gehen.

Sabine Ziegler (SP, Zürich): Lieber Maulwurf der SVP, Hanspeter Haug, ich schätze es sehr, wie Sie immer die Budgets sehr genau anschauen und wie Sie aktiv in der Subkommission des AWEL in der KEVU mitmachen. Sie wollen sich informieren, und Sie stellen auch immer kritische Fragen. In der letzten Zeit haben die kritischen Fragen sehr eng immer mit dem Thema der Fruchtfolgeflächen zu tun. Das ist ein Thema, zu dem wir im Kanton Sorge tragen. Es ist aber interessant, dass Sie die Fruchtfolgeflächen vom Hochwasserschutz bedroht sehen. Wenn es um den Strassen- und Tunnelbau geht, wird kein Mucks gemacht. Ich finde das sehr eigenwillig. Eigentlich müsste gerade der Schützer der Fruchtfolgeflächen glücklich sein, wenn sie ab und zu überflutet werden. Es gibt nichts so Gutes, das zur Düngung beiträgt, als die kleinen Siltteile, die in eine überflutete Fläche kommen.

Dann werden Sie aber bitte genau so kritisch beim Strassenbau. Es kann nicht sein, dass der Hochwasserschutz, welcher doch grössere Schäden hinterlassen kann, plötzlich irgendwann passiert und dann sagt man: Oh du meine Güte, was kommt vom Himmel!

Zum Maulwurf der SVP, ich denke, es ist nicht eine Maulwurfperspektive, sondern viel mehr eine Vogel-Strauss-Politik. Wenn man das bei den Gewässern schaut, ist es eher eine Bachstelzen-Politik, die Sie verfolgen. Das macht keinen Sinn. Die zwei Projekte, über die wir hier sprechen, sind gut geprüft, machen Sinn und sollen vordringlich umgesetzt werden.

Hanspeter Haug (SVP, Weiningen), spricht zum zweiten Mal: Es kann wirklich nicht unbeantwortet bleiben. Die Fruchtfolgeflächen sind für uns eine existenzielle Frage. Sie sprechen die Strassen an. Der Wirtschaftskanton Zürich – das haben wir auch mitbekommen – funktioniert nur, wenn Verkehrswege, da betone ich Schiene und Strasse, funktionsfähig sind. Ich sehe es aber als absolut sinnlos an, wenn Gewässer aufgeweitet werden, nur damit mehr Raum besteht für die Gewässer.

Martin Geilinger, die Salatköpfe werden nicht nur alle 50 Jahre nass, sie können nicht mehr nass werden. Neben dem Schloss Hegi werden grössere Flächen Landwirtschaftsland umgestochen. Es werden Weiher angelegt nur um der Natur willen. Dort wachsen beileibe keine Salatköpfe mehr.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag 22 der FIKO wird dem Minderheitsantrag der FIKO, der dem Mehrheitsantrag der KEVU entspricht, gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Mehrheitsantrag der FIKO mit 88 : 86 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8510, Altlasten

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8700, Immobilienamt

23a. Minderheitsantrag *Monika Spring, Verena Albrecht (in Vertretung von Lothar Ziörjen), Martin Geilinger, Thomas Hardegger, Françoise Okopnik (KPB)*

Budgetkredit Erfolgsrechnung

Verschlechterung: Fr. 5'000'000

Der Entwicklungsschwerpunkt «Substanzerhalt der kantonalen Immobilien» (E7) soll aufgestockt werden, damit kein teurer Sanierungsstau entsteht.

Ratspräsident Jürg Trachsel: Der Antrag untersteht der Ausgabenbremse.

Monika Spring (SP, Zürich): Ich habe Urs Lauffer versprochen, dass ich es kurz mache, weil ich schon bei der Bildungsdirektion zum gleichen Thema gesprochen habe. Es geht darum, dass die Unterhaltsarbeiten nicht vernachlässigt werden. Ich habe darum beantragt und auch eine angemessene Minderheit in der KPB hinter mich scharen können mit dem Antrag, dass wir für den Unterhalt, den wir quer über die ganze Kantonsverwaltung betrachten, 5 Millionen Franken sprechen. Die sind nur für den Unterhaltsstau reserviert. Das soll allen Direktionen zugute kommen.

Indem Sie diesem Antrag zustimmen, tun Sie wirklich etwas Gutes. Sie verhindern nämlich, dass die Unterhaltsarbeiten, wenn sie aufgeschoben werden, viel teurer werden. Alle in diesem Saal, die selber Bauherrinnen und Bauherren sind, wissen, was es bedeutet, nötigen Unterhalt aufzuschieben. Es kommt immer teurer. Das wissen Sie genau.

Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen. Sie finden den Werterhaltungsindex im Kapitel «Immobilienamt». Sie sehen dort, dass dieser in den nächsten Jahren massiv abnimmt. Das bedeutet, dass wirklich hier ein Unterhaltsbedarf aufgeschoben wird. Das können wir uns als reicher Kanton Zürich nicht leisten.

Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen.

Stefan Krebs (SVP, Pfäffikon), Präsident der KPB: Ich spreche gleich zu beiden Anträgen in der Leistungsgruppe 8700, Immobilienamt, zu jenem in der Erfolgsrechnung und zu jenem in der Investitionsrechnung

Die Minderheit weist insbesondere mit ihrem Antrag zur Erfolgsrechnung auf ein bestehendes Problem hin. Es gibt klare Hinweise auf einen Sanierungsstau bei den kantonalen Liegenschaften. Sie haben es aus der Debatte vorhin erfahren und zur Kenntnis nehmen können. Die Minderheit will das Problem mit dem Antrag lindern. Ebenfalls möchte die Minderheit, dass es mit den energetischen Sanierungen der kantonalen Gebäude vorwärtsgeht und stellt einen entsprechenden Antrag in der Investitionsrechnung.

Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, dass man den grundsätzlichen Problemen der fehlenden Immobilienstrategie über den gesamten Gebäudepark nicht mit Budgetanträgen im Immobilienamt beikommen kann. Es ist gerade bei den Sanierungen so, dass heute bereit stehendes Geld gar nicht völlig genutzt werden kann, weil es an einer Strategie mangelt. Mehr Geld kann das Problem also nicht lösen. Da energetische Sanierungen in der Praxis in der Regel mit allgemeinen Sanierungen einhergehen, gilt das auch für den Antrag in der Investitionsrechnung.

Im Namen der Mehrheit der Kommission für Planung und Bau beantrage ich Ihnen deshalb, die beiden Minderheitsanträgen der Leistungsgruppe 8700 abzulehnen.

Martin Geilinger (Grüne, Winterthur): Der bauliche Zustand der Verwaltungsbauten ist unbefriedigend. Sogar die Regierung bestätigt das. Sie können das im KEF nachlesen. Der Indikator W2 zeigt das klar auf. Der Zustandswert beträgt nur 80 Prozent. Die Meinung ist offensichtlich nach Ansicht der Regierung, dass er 85 Prozent haben soll. Nötig wären also 5 Prozent des Neubauwerts aller Liegenschaften und das zusätzlich zu dem, was bereits heute investiert wird. Das zu quantifizieren, ist nicht ganz einfach. Selbst die Regierung hat keine Ahnung, welche Liegenschaften ihr gehören. Mindestens gibt es keine Zusammenstellung. Sie hat entsprechend auch keine Ahnung, wie hoch der Neubauwert ist. Was hier fehlt, ist nicht nur eine Strategie, wie sie Stefan Krebs erwähnt hat, sondern es fehlt schlicht der Entscheid des Gesamteregierungsrates; ein Entscheid, der eigentlich aufgrund des Novemberbriefs vor einem Jahr mit einer Studie im Laufe dieses Jahres hätte gefällt werden sollen und offensichtlich bis heute nicht gefällt wurde, nämlich zentral die ganze Geschichte zu überwachen und das Immobilienmanagement neu zu organisieren. Dabei wäre es so einfach. Man muss alle Gebäude haben. Man kann bei der Gebäudeversicherung nachfragen, wie hoch die Gebäudeversicherungswerte sind, eine Malrechnung machen und schon hat man das. Es scheint mir etwas penibel, dass wir da nicht weiter sind. Ob das nun 5 Millionen Franken sind, die notwendig sind, oder ob das eine Viertelmillion Franken sind, wie ich es vor einem Jahr in der Budgetdebatte beantragt habe, das lässt sich im Moment nicht beurteilen. Ich denke, es liegt tatsächlich eher bei den 5 Millionen Franken. Dass aber mehr Geld nötig ist, ist völlig klar.

Den Unterhalt der Gebäude können wir nicht wegsparen. Da haben wir keine Chance. Das Einzige, das wir machen können, ist den Unterhalt zu verschieben. Irgendwann wird es nötig und, wie Monika Spring gesagt hat, dann wird es auch teurer.

Noch ein letzter Gedanke: Die 5 Millionen Franken kommen sehr direkt dem Gewerbe und der Wirtschaft zugute. Die produzieren Arbeitsplätze. Auch aus dieser Sicht wäre es gar keine schlechte Idee, dem Antrag zuzustimmen.

Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon): Im Sinne der Ratseffizienz schöpfe ich etwas Sparpotenzial aus und spreche zu beiden Anträgen gemeinsam.

Wir vertreten die Auffassung, dass der Regierungsrat bezüglich der erwähnten Entwicklungsschwerpunkte am Ball ist und erhebliche Anstrengungen diesbezüglich unternimmt. Natürlich kann man argumentieren, man könne mehr machen. Das kann man immer. Die Frage ist einzig, wie hoch der Grenznutzen zusätzlicher Massnahmen dann noch sein würde. Zudem stelle ich fest, dass die Auslastung der im Sanierungsbereich tätigen Firmen sehr hoch ist. Wer neue Fenster braucht, ist gut beraten, wenn er die entsprechenden Aufträge frühzeitig erteilt. Als Präsident der Schweizer Gerüstbauer durfte ich in den letzten beiden Jahren erleben, dass unsere Mitgliedsfirmen massive Investitionen tätigen mussten, um das Auftragsvolumen überhaupt bewältigen zu können. Selbst die Produzenten von Gerüstmaterial hatten erhebliche Lieferengpässe. Das zeigt deutlich, dass im Bereich der energetischen Sanierungen generell vieles läuft.

Wir sehen deshalb zum jetzigen Zeitpunkt keinen weiteren Handlungsbedarf seitens des Kantons.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Auch ich werde gleich zu beiden Anträgen sprechen.

Wir haben uns mittlerweile den Ruf erarbeitet, dass wir eine Sparpartei sind, wobei wir nicht nur sparen möchten, sondern auch dort das Geld ausgeben, wo es richtig und wichtig ist. Hier würden wir es gerne machen, denn Sparen beim Gebäudeunterhalt ist weder aus energetischer noch aus finanzpolitischer Sicht sinnvoll. Es wird in den Gebäuden unnötig Energie verschleudert und aufgelaufener Unterhaltsbedarf verteuert. Nur macht es uns der Regierungsrat in dieser Frage

nicht einfach. Wir erwarten vom Regierungsrat endlich eine klare und definitive Entscheidung zum Eigentümer- oder Mietermodell, wobei wir letzteres bevorzugen, denn die Zustände, die im Moment herrschen, sind aus energetischer und finanzpolitischer Sicht schlecht. Sollten diese Zustände nicht aufgelöst werden können, sollte der Kantonsrat eine ähnliche Lösung überlegen wie der Gemeinderat der Stadt Zürich beim Veloweg über die Hardbrücke und den Gebäudeunterhalt direkt seiner Kompetenz unterstellen.

Für dieses Jahr können wir eine Erhöhung leider nicht unterstützen.

Jakob Schneebeili (SVP, Affoltern a. A.): In Anlehnung an die Votanten vor mir spreche ich im Sinne der Ratseffizienz auch zu beiden Begehren. Ich empfehle Ihnen, diese konsequenterweise abzulehnen.

Bei der Beratung des Budgets in der Kommission, aber auch beim Besuch der Subkommission der KPB beim Immobilienamt wurde erneut erkannt, dass es noch immer an einer einheitlichen Immobilienstrategie fehlt. Solange dieser Zustand anhält, ist die Zuteilung von Geldmitteln beziehungsweise zusätzlichen Geldmitteln für die Realisierung von Entwicklungsschwerpunkten, welche von den verschiedenen Hauseigentümern, sprich Direktionen wahrscheinlich unterschiedlich gewichtet werden, nicht effizient. Sie wissen, dass die Überprüfung des Immobilienmanagements im Gange ist. Geben Sie der Regierung Zeit – nicht mehr allzu lange – und nicht Geld, um die Immobilienstrategie festzusetzen. Anschliessend können immer noch die nötigen Geldmittel zur Umsetzung der Strategie zielgerichtet gesprochen werden.

Ich wiederhole nochmals, solange die einheitliche Immobilienstrategie fehlt, müssen Sie der Verwaltung keine Geldmittel aufdrängen, welche diese nicht sinnvoll einsetzen kann.

Lehnen Sie deshalb die beiden Anträge auf Verschlechterung des Budgets mit uns ab.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Mit dem ersten Antrag soll der Kanton weitere 5 Millionen Franken für die Substanzerhaltung der kantonalen Immobilien investieren. Wenn man beispielsweise mit offenen Augen durch das Universitätsspital läuft, müsste man diesem Antrag sofort zustimmen und hinter die 5 Millionen Franken noch eine ganze Anzahl weiterer Nullen setzen. Das USZ zeigt aber exemplarisch das

Problem auf. Die Kräfte von Nutzerdirektionen, Hochbauamt und Immobilienamt neutralisieren sich gegenseitig. Die Folge ist, es passiert nichts. Nun geht es bei diesem Antrag nicht um ein konkretes Gebäude, sondern ganz pauschal um das gesamte Immobilien-Portfolio, das sich im Eigentum des Kantons befindet, wie gross das auch immer sein mag.

Weitere 10 Millionen Franken sollen für die energetische Sanierung dieser Liegenschaften ausgegeben werden.

Bei beiden Anträgen handelt es sich um pauschale Forderungen. Die EVP lehnte bisher beim Budget pauschale Kürzungen ab, wie sie das nun bei pauschalen Erhöhungen einzelner Positionen tut. Aus diesem Grund werden wir beide Anträge auf Erhöhung nicht unterstützen.

Regierungsrat Markus Kägi: Die im Budget der Leistungsgruppe 8700, Immobilienamt, eingestellten Mittel für Unterhalt und auch energetische Massnahmen sind allein für die Liegenschaften der Zentral- und Bezirksverwaltung vorgesehen. Dabei handelt es sich um rund 50 Gebäude. Die im Budget 2012 eingestellten Mittel gewährleisten einen adäquaten Werterhalt dieser 50 Gebäude und sind ausreichend. Die Gebäude der Zentral- und Bezirksverwaltung machen jedoch nur 7 Prozent des gesamten Gebäudebestands des Kantons Zürich aus. Die Mittel für den Unterhalt der restlichen Gebäude sind in den jeweils zuständigen Direktionen eingestellt und aufgrund der derzeitigen Immobilienmanagement-Struktur durch das Immobilienamt nur unzureichend steuerbar.

Aus den genannten Gründen ist die Erhöhung des Unterhaltsbudgets um 5 Millionen Franken respektive 10 Millionen Franken beim Immobilienamt nicht zielführend und abzulehnen.

Abstimmung (die Abstimmung untersteht der Ausgabenbremse)

Der Minderheitsantrag 23a von Monika Spring wird dem Antrag der FIKO gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag von Monika Spring mit 116 : 56 Stimmen (bei 1 Enthaltung) ab.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

24a. *Minderheitsantrag Monika Spring, Verena Albrecht (in Vertretung von Lothar Ziörjen), Martin Geilinger, Thomas Hardegger, Françoise Okopnik (KPB)*

Budgetkredit Investitionsrechnung

Verschlechterung: Fr. 10'000'000

Die Umsetzung der Entwicklungsschwerpunkte E5 bzw. E1, Programm für die energetische Sanierung der kantonalen Bauten und Umsetzung Minergie-Standards, soll nicht verzögert werden.

Kredit mit Sperrvermerk Investitionsrechnung (§ 16 Abs. 1 CRG) für:

– Projekt Neunutzung Klosterinsel Rheinau (44 Millionen Franken).

Monika Spring (SP, Zürich): Die 10 Millionen Franken bei den Investitionen haben eine andere Stossrichtung. Es geht wirklich darum, die energetischen Sanierungen anzupacken. Der Regierungsrat hat hier wirklich die Aufgabe, endlich seine Vorbildfunktion wahrzunehmen. Wie können wir sonst das, was in Durban zum Ausdruck gekommen ist und was unsere Bundesrätin klar signalisiert hat, dass wir wirklich vorangehen müssen und die Schweiz das Ziel hat, 20 Prozent CO₂ zu reduzieren, bis zum Jahr 2020 erreichen? Wenn wir das erreichen wollen, dann müssen wir energetisch sanieren. Wir müssen das vor allem im Gebäudebereich hinkriegen, weil beim Strassenverkehr regelmässig alle diese Errungenschaften, die wir mit dem Gebäudeprogramm des Bundes und dem Rahmenkredit des Kantons erreichen, wieder zunichte gemacht werden. Darum müssen wir im Gebäudebereich unsere Anstrengungen erhöhen.

Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen. Damit können wir wirklich ein Zeichen setzen. Gleichzeitig können wir wertvermehrende Investitionen so einsetzen, dass wir den Werterhaltungsindex verbessern können.

Martin Geilinger (Grüne, Winterthur): Ich spreche bewusst zweimal zu den beiden Anträgen, weil es um etwas völlig anderes geht.

Wir haben vor einiger Zeit den AKW-Austritt beschlossen. Wir unterstützten dies mehrheitlich in diesem Rat, auf Bundesebene ist das auch klar. Die Schweiz hat sich in Durban als Musterknabe in Sachen Klimaschutz produziert – zum Glück. Die Regierung hat schon vor Jahren die Vision 2050 verabschiedet. Alles geht in die gleiche Rich-

tung. Es sind wunderschöne Worte. Es sind schöne Konzepte. Es braucht aber Taten, damit sich etwas ändert. Wir müssen etwas tun. Monika Spring hat darauf hingewiesen. Wir müssen auch bei den Gebäuden etwas tun. Was es nun braucht, sind primär zwei Sachen. Einerseits muss, um bei der Gebäudegeschichte weiterzukommen, die Regierung endlich mal entscheiden, ob sie das Immobilienmanagement angehen will. Andererseits müsste das Immobilienamt doch gelegentlich einmal ins Handeln kommen. Seit Jahren beschäftigt es sich primär mit sich selbst, produziert Papiertiger um Papiertiger. Es werden Grundstrategien entwickelt, aber nicht verabschiedet. Es werden, obwohl noch nicht verabschiedet, daraus Teilportfolio-Strategien erarbeitet, die wiederum mit Leitfäden verhängt sind zum Objektring. Es gibt Kosten-Nutzen-Betrachtungen. Es werden Immobilien-Managementsysteme eingeführt oder zumindest ist dies in Planung. Schliesslich wird das ganze Immobilien-Management wieder überprüft. Wir sind aber in einem Management-Kreislauf. Der nächste Schritt ist, dass man dann wieder die Grundstrategie überarbeitet, um darauf wieder die überarbeiteten Teilportfolio-Strategien anpassen zu können.

Zum Glück ist in diesem Programm auch ein Programm zur energetischen Sanierung der kantonalen Bauten vorgesehen. Das soll im 2012 fertig sein. Mit diesem Antrag geht es genau darum, konkret zu werden und das Programm aus dem Kreislauf herauszuretten und in die Realisierung zu bringen, dafür zu sorgen, dass wenn das Programm vorliegt, auch Geld vorhanden ist.

In dem Sinn geht es genau nicht um eine pauschale Massnahme, Markus Schaaf, sondern es ist eine sehr konkrete Geschichte. Wir sagen genau, was wir wollen.

Abstimmung (die Abstimmung unterliegt der Ausgabenbremse)

Der Minderheitsantrag 24a von Monika Spring wird dem Antrag der FIKO gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag von Monika Spring mit 115 : 56 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) ab.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8710, Liegenschaftenerfolg

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8800, Amt für Landschaft und Natur

**25a. Minderheitsantrag Benjamin Schwarzenbach, Judith Bellai-
che, Heidi Bucher, Stefan Feldmann, Lilith Claudia Hübscher,
Rosmarie Joss (in Vertretung von Julia Gerber Rüegg), Thomas
Marthaler (WAK)**

Budgetkredit Erfolgsrechnung

Verschlechterung: Fr. 650'000

*Verzicht auf San10-Massnahmen 102/Walderhaltung: 400'000 Fran-
ken, 202/Wald-Naturschutz: 150'000 Franken, 203/LEK-Projekte:
50'000 Franken und 204/Naturschutz-Projektunterstützung: 50'000
Franken zur Sicherstellung Ressourcen und Wettbewerbsfähigkeit
sowie Vermeidung künftiger Mehrkosten (Pflanzen-/Nutztierschäden,
höhere Bekämpfungskosten).*

**25b. Minderheitsantrag Lilith Claudia Hübscher, Heidi Bucher,
Stefan Feldmann, Rosmarie Joss (in Vertretung von Julia Gerber
Rüegg), Thomas Marthaler (WAK)**

Budgetkredit Erfolgsrechnung

Verschlechterung: Fr. 950'000

*Verzicht auf San10-Massnahmen: 400'000 Franken, 103/Landw.:
300'000 Franken, 202/Wald-Naturschutz: 150'000 Franken,
203/LEK-Projekte: 50'000 Franken und 204/Naturschutz-
Projektunterstützung: 50'000 Franken zur Sicherstellung Ressourcen
und Wettbewerbsfähigkeit sowie Vermeidung künftiger Mehrkosten
(Pflanzen-/Nutztierschäden, höhere Bekämpfungskosten).*

*Benjamin Schwarzenbach (GLP, Zürich): Die Massnahmen, die das
Amt für Landschaft und Natur (ALN) im Rahmen der San10-
Massnahmen ergreifen musste, sind einschneidend und hart. Im Be-
reich des Walds und des Naturschutzes mussten Projekte gestrichen
werden, die zum Teil das Potenzial hätten, Folgekosten zu vermeiden,*

die höher sind als die Sparbeiträge selber. Konkret sind Projekte im Bereich Landschaftsentwicklungskonzept, im Arten- und Biotopschutz wie auch die Unterstützung von Gemeindeprojekten betroffen.

Die Grünliberalen beantragen Ihnen deshalb mit einer Minderheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) die San10-Massnahmen dort rückgängig zu machen, wo sie am meisten schmerzen: bei der Walderhaltung, dem Naturschutz und bei der Vermeidung künftiger Mehrkosten im Naturschutz. Der ursprünglich geplante Minderaufwand im ALN von 2,12 Millionen Franken für die Jahre 2012 bis 2014 reduziert sich dadurch um 650'000 Franken auf 1,47 Millionen Franken jährlich.

Worin unterscheidet sich der Antrag von demjenigen der Grünen und der SP? Der Minderheitsantrag unterscheidet sich um 300'000 Franken und bezieht sich auf den Posten «Staatsbeiträge Landwirtschaft», bei welchem wir den Sanierungsbeitrag nicht rückgängig machen wollen. Es geht dabei um Tierzuchtbeiträge. Wir sind der Überzeugung, dass Beiträge an Viehschauen, bei denen ein Beitrag pro präsentiertes Vieh entrichtet wird, unnötig sind und daher reduziert werden können.

Sparen Sie nicht am falschen Ort. Sparen Sie nicht im Umweltschutz, und unterstützen Sie unseren Antrag.

Lilith Claudia Hübscher (Grüne, Winterthur): Bei der gestrigen Budgetdebatte sagte Karl Zweifel, wir hätten im Kanton keine Ressourcen, kein Erdöl, kein Gold, allenfalls könne noch das Wasser dazugezählt werden. Was für ein Irrtum, Herr Doktor! Wir haben Wälder. Wir haben fruchtbares Kulturland. Wir haben Vielfalt. Aber zu diesem Schatz, diesen Ressourcen müssen wir schauen. Der Amtschef des ALN hat uns das im Budgetentwurf schön dargelegt, dass gerade Erhalt und Förderung der Ressourcen «Biodiversität», «Boden» und «Fruchtfolgeflächen» ein Thema sind und immer mehr werden unter anderem wegen des Siedlungsdrucks und des Klimawandels.

Sie haben hier einen Antrag vor sich, der einerseits unsere natürlichen Ressourcen, unsere Lebensgrundlagen schützen und andererseits auch die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons stärken will. Die GLP stellt nun einen Parallelantrag, in dem sie die Landwirtschaft herauslöst. Doch gerade dieser Bereich ist wichtig, wirtschaftlich, gesellschaftspolitisch und insbesondere in Zusammenhang mit Biodiversi-

tät. Ohne die Landwirtschaft wäre das Mittelland bewaldet. Viele Lebensräume gibt es erst dank der Landwirtschaft. Ohne Landwirtschaft würden wir auch Kulturlandvögel wie Goldammer, Feldlerchen und so weiter nicht singen hören.

Der GLP-Sprecher hat erwähnt, es gehe nicht, für Viehschauen Auszeichnungen zu unterstützen. Das finde ich auch, das kann man herausstreichen. Aber das sind Peanuts, solche Zinnbecher. Worum es beim Posten «Staatsbeiträge Landwirtschaft» vor allem geht, ist es, die Diversität der Kulturpflanzen aufrechtzuerhalten, nämlich durch die Bekämpfung – das würde gestrichen – der invasiven Pflanzen. Hier dürfen wir nicht sparen. Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Wenn sich Windhalm in einem Weizenfeld verbreitet, führt das zu einem beträchtlichen Ertragsverlust. Das giftige Kreuzkraut wiederum macht die Nutztiere krank. Der Aufwand, den diese invasiven Pflanzen den Bauern bescheren, ist so aufwendig wie Blacken stechen, das sicher den meisten ein Begriff ist. Werden diese Invasivpflanzen im Keim erstickt, spart man Kosten und schont die Böden. Schiebt man es auf, resultieren höhere Bekämpfungskosten, weil die Herde rasant wachsen, grösser werden und Bekämpfungsmassnahmen immer schwieriger werden. Es braucht nur wenig Mittel, wenn wir sie frühzeitig einsetzen. Sparen wir sie ganz weg, kommt diese Sparmassnahme mittel- oder langfristig teurer. Wir schaffen zukünftige Mehrkosten. Über den Wert der Walderhaltung muss ich Ihnen im UNO-Jahr des Waldes nicht viel erzählen. Konkrete Folgen der Massnahmen sind laut ALN die Gefährdung eines stabilen Waldaufbaus, die Gefährdung der Holzqualität, verzögerte Schutzwaldpflege und Borkenkäfer-Bekämpfung. Hören Sie gut zu, das ist wichtig.

Bei der Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzepts kommen wir wieder zu Feld eins. Bei mehr Biodiversität nimmt auch die Produktivität zu. Denken wir nur an die Befruchtung der Kulturen durch die Bienen oder den Honig, mit dem uns die EDU die gestrige Budget-Debatte versüsst hat. Vielen Dank.

Die Geschäftsprüfungskommission beleuchtete im letzten Geschäftsbericht den Waldentwicklungsplan. Die Baudirektion liess verlauten, dass die Reduktion der Staatsbeiträge für Walderhaltung und Naturschutz im Wald 20 beziehungsweise 10 Prozent ausmacht und die Waldeigentümer empfindlich trifft.

Unterstützen Sie die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich. Unterstützen Sie diesen Antrag, der auch die Landschafts-Entwicklungskonzepte beinhaltet und der Landwirtschaft, Hanspeter Haug, den nötigen Raum sichert. Unterstützen Sie diesen Antrag, so unterstützen Sie auch eine wirtschaftliche Standortförderung.

Hans-Heinrich Raths (SVP, Pfäffikon), Präsident der WAK: Die Kommissionsmehrheit lehnt die beiden Minderheitsanträge zur Leistungsgruppe 8800 ab.

Die Kommissionsmehrheit ist der Ansicht im Gegensatz zum Votum, das wir vorher gehört haben, dass die im San10 vorgesehenen Massnahmen vertretbar sind und umgesetzt werden müssen.

Silvia Steiner (CVP, Zürich): Unsere wichtigste Ressource ist die Zeit. Die Sparmassnahmen aus dem San10 wieder rückgängig zu machen, ist unsinnig. Sogar die Verwaltung selber sieht die Rückgängigmachung als unnützlich an, weil genug Mittel zur Verfügung stehen würden.

Martin Haab (SVP, Mettmenstetten): Lilith Claudia Hübscher, es freut mich natürlich ausserordentlich, wenn die grüne Fraktion sich Sorgen macht um die produzierende Landwirtschaft. Sie haben festgestellt, dass sich die beiden Minderheitsanträge vor allem im Posten von 300'000 Franken zugunsten der Landwirtschaft unterscheiden. Benjamin Schwarzenbach hat dazu erläutert, dass es sich hier um Tierzucht-Förderungsbeiträge handelt. Vermutlich glaubt er immer noch, es gehe um die Förderung von Turbokühen. Die Staatsbeiträge in der Leistungsgruppe 8800, Massnahme 103 Landwirtschaft, sind Beiträge für Viehzuchtverbände und vor allem Beiträge für die rund 40 Viehschauen im Kanton Zürich. Als Viehschauexperte nehme ich diese Kürzungen mit Besorgnis zur Kenntnis. Ich denke da an die Schau in Wädenswil. Da denke ich natürlich an meinen früheren Berufskollegen und jetzt Regierungsrat Ernst Stocker, aber auch an Samstager. Da denke ich an den Ratspräsidenten, aber auch an viele andere Schauen irgendwo im Zürcher Oberland, sogar in Albisrieden und in der städtischen Umgebung an Dietikon.

Diese Gelder sind nicht wirklich Gelder zur Förderung der Viehzucht. Die Viehzuchtförderung in der Schweiz und auch im Kanton Zürich geschieht auf einer ganz anderen Ebene. Das hierfür verwendete Geld müsste eigentlich der Kulturförderung angerechnet werden. Diese vom Staat bis anhin unterstützten Anlässe sind kultureller Natur. Die Landwirtschaft trägt etwas zur kulturellen Vielfalt in Dörfern und Städten bei. Vielmals sind diese Anlässe gekoppelt mit einem Dorfmarkt oder einem Dorffest. Ob all diese Anlässe, die allesamt vom Herzblut der Bauern leben, mit der Aufhebung der Staatsbeiträge weiter bestehen werden, wage ich zu bezweifeln.

Genau diese Gelder will die GLP in ihrem Minderheitsantrag ausklammern. Sie wollen nur die Staatsbeiträge für den Naturschutz, die Vernetzungsprojekte, den Wald und die Biodiversität von der San10-Sparrunde ausklammern. Die Begründung von Lilith Claudia Hübscher, die Bekämpfung der Neophyten, der sogenannten invasiven Pflanzen zu stärken, ist für mich Ökogesäusel. In Tat und Wahrheit geht es vor allem um die eigenen Pfründe, denn jedes Leck, jedes Biodiversitäts- und jedes Naturschutzprojekt braucht anscheinend eine Projektbegleitung eines Ökobüros. Von diesen Ökobüro-Betreibern, Ökobüro-Teilhabern, Ökobüro-Angestellten haben wir doch etliche Personen in diesem Rat.

In den letzten zehn Jahren stellen wir eine klare Parallelität zwischen den Ausgaben für Naturschutz und Biodiversität und der Ausbreitung der invasiven Pflanzen fest. Sofern Sie das Problem der Neophyten über das Budget lösen wollen, so schlage ich Ihnen vor, die Ausgaben für den Naturschutz zu halbieren.

Die SVP wird, auch wenn es die Landwirtschaft und die ländliche Kultur in einigen Punkten schmerzlich trifft, an den San10-Kürzungen festhalten und somit den beiden Minderheitsanträgen nicht zustimmen.

Stefan Feldmann (SP, Uster): Die SP-Fraktion wird beide Minderheitsanträge unterstützen, prioritär denjenigen der Grünen.

Wir haben bereits bei der Beratung von San10 diese Massnahmen abgelehnt. Wir bleiben konsequent bei dieser Haltung. Inhaltlich habe ich dem Gesagten von Benjamin Schwarzenbach und Lilith Claudia Hübscher nichts mehr beizufügen.

Ich bitte Sie, die Minderheitsanträge zu unterstützen.

Lilith Claudia Hübscher (Grüne, Winterthur), spricht zum zweiten Mal: Tinu Haab (Martin Haab), du hast da aus dem Vollen geschöpft wie ein Muni bei so einer Vieh-Präsentation. Aber Ökogesäusel, das lasse ich doch nicht auf mir sitzen.

Es ist so, dass die Bekämpfung von Neophyten eine Bundesgesetz-Angelegenheit ist. Die Kantone, wenn sie da nicht mitspannen, schädigen sich selber. Diese solidarische Aufgabe muss auch der Kanton Zürich übernehmen. Dazu kommt, du hast gesagt, man könne eine Art Naturschutz betreiben, indem man Intensivlandwirtschaft betreibt. Dann brauche es keine Bekämpfungsmittel gegen die Neophyten. Gut, aber was machen Sie mit den Strassenborden? Dort hast Du einen ganzen Haufen davon. Wie bekämpfst du die?

Wir haben eine Verantwortung. Wir nehmen sie wahr – am besten zusammen.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag 25a von Benjamin Schwarzenbach wird dem Minderheitsantrag 25b von Lilith Claudia Hübscher gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Minderheitsantrag von Benjamin Schwarzenbach mit 106 : 62 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zu.

Der Minderheitsantrag 25a von Beni Schwarzenbach wird dem Antrag der FIKO gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag von Beni Schwarzenbach mit 95 : 78 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8910, Natur- und Heimatschutzfonds (Fonds im Eigenkapital)

26. Antrag FIKO: entspricht Minderheitsantrag von Hans-Heinrich Heusser und Mitunterzeichnenden

Minderheitsantrag Hans-Heinrich Heusser, Erich Bollinger, Pierre Dalcher, Stefan Krebs, Jakob Schneeblei (KPB)

Budgetkredit Erfolgsrechnung

alt: Fr. - 4'379'100

neu: Fr. - 1'879'100

Verbesserung: Fr. 2'500'000

Der Saldo des NHS-Fonds soll durch Aufwandreduktion (Rückgängigmachung der Ausgabenerhöhung durch den KR in der Budgetdebatte für 2011) verbessert und der NHS-Fonds vor einem so starken Rückschlag verschont werden.

26a. Minderheitsantrag Regula Kaeser, Rosmarie Joss, Jean-Philippe Pinto, Sabine Sieber, Michael Zeugin (FIKO)

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Im letzten Budget haben wir das Naturschutzbudget um 2,5 Millionen Franken erhöht, dass damit rasch zusätzliche Artenförderungsmassnahmen in Angriff genommen werden. Nun hätten wir eigentlich für dieses Budget noch einmal 1 Million Franken mehr verlangen müssen, weil – das wissen Sie natürlich, oder vielleicht wissen Sie es auch nicht – der Bund in der kommenden NFA-Periode 1 Million Franken weniger pro Jahr in den Unterhalt der Schutzgebiete ausbezahlt. Wenn Sie jetzt 2,5 Millionen Franken streichen, wie das beantragt wird, dann machen Sie das im vollen Wissen darum, dass dann 1 Million Franken weniger zur Verfügung steht als im Budget 2009. Das wird Folgen haben.

Zum Argument der FIKO möchte ich aus dem Protokoll vom 20. Mai 2010 Hans-Heinrich Heusser zitieren. Damals ging es um eine Parlamentarische Initiative. «Sowohl der Gegenvorschlag wie auch die Parlamentarische Initiative sind aus folgenden Gründen abzulehnen: Aus den oben genannten Zahlen ist ersichtlich, dass der Natur- und Heimatschutzfonds heute kerngesund ist und über mehrere zukünftige Jahre hinweg Ausgabenüberschüsse ertragen könnte, ohne in eine erneute Verschuldung zu geraten.» Das Argument, das heute vorgebracht wird, wurde bereits am 20. Mai 2010 widerlegt.

Jetzt fehlen 1 Million Franken. Der grösste Ausgabenposten, das wissen Sie möglicherweise auch, oder vielleicht wissen Sie es nicht, sind die Beiträge an die Schutzgebiets-Bewirtschaftung, die durch die Landwirte vorgenommen wird. Hier müssen wir 1 Million Franken

einsparen. Ich zitiere ebenfalls Hans-Heinrich Heusser. Er hat das so gesagt: «Ich möchte das hier nicht ausbreiten, wenn zu viele andere Leute zuhören ausserhalb der Landwirtschaft. Aber ich kann Ihnen sagen, im Pfäffikersee-Gebiet pflege ich Naturschutzflächen. Ich kann Ihnen sagen, es sind Flächen, die wir wunderbar mähen können, mit Maschinen pressen können, sogar mit der Ballenpresse hineinfahren. Dafür bekomme ich» – also Hans-Heinrich Heusser, jetzt hören alle anderen Leute weg – «41 Franken ausbezahlt für jede Are. Wenn Sie das nicht bekommen, dann machen Sie irgendetwas falsch. Man muss das Formular ausfüllen. Man muss nicht einmal das Formular ausfüllen, wenn wir Bauern dann hier sagen, wir seien schlecht entschädigt mit 41 Franken die Are, dann weiss ich nicht mehr, was los ist.» Das nur zur Sache.

Rechnen Sie mal aus, was wir zum Beispiel für 1 Are Getreide bekommen, die wir das ganze Jahr pflegen müssen. Wenn die 2,5 Millionen Franken gestrichen werden, dann mache ich dem Regierungsrat den Vorschlag, dass die Beiträge an die Pflege der Schutzgebiete an die Landwirte auf das Niveau des Getreidebaus reduziert wird. Das ist bekannterweise – die Preise sind dort auch «Geier Sturzflug» – keine schöne Sache.

Ich bitte Sie auch im Interesse der Landwirte, diesem Antrag nicht stattzugeben.

Hans-Heinrich Heusser (SVP, Seegräben): Es geht um die Aufwandserhöhung, die tatsächlich vor einem Jahr in der Budgetdebatte beschlossen wurde entgegen des damaligen Antrags der Regierung. Die Geschichte dieser Erhöhung geht zurück auf das Postulat 192/2010 vom 6. September 2010, das eine so genannte saldoneutrale Ausgabenerhöhung von 2,5 Millionen Franken verlangte. Bereits damals wies der Regierungsrat darauf hin, dass eine sogenannt saldoneutrale Ausgabenerhöhung nicht möglich ist. Trotzdem mochte die Ratsmehrheit die Postulatsantwort nicht abwarten und boxte die Ausgabenerhöhung bereits in der letzten Budgetdebatte vor einem Jahr durch. Kürzlich ist die Postulatsantwort des Regierungsrates eingetroffen. Saldoneutralität ist nicht möglich. Der KEF, den wir haben, beweist es. 2014 verlangt das bereits eine Erhöhung als Einlage in den Natur- und Heimatschutzfonds von 2 Millionen Franken. Ab 2015 sind es 4 Millionen Franken pro Jahr. Somit ist also jedermann klar ersichtlich, dass eine sogenannte saldoneutrale Ausgabenerhö-

hung nicht möglich ist. Das Perpetuum mobile der saldoneutralen Ausgabenerhöhung funktioniert nicht. Die Griechen und andere haben das mit der saldoneutralen Ausgabenerhöhung bekanntlich auch probiert. Das Resultat kennen wir.

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass diese Aufwanderhöhung auf einer Art Grundlagenirrtum beruht.

Noch zu den Argumenten von Robert Brunner: Er sagt, aus dem Bundesbeitrag komme 1 Million Franken weniger. Ich bin jetzt mehrere Jahre in der Subkommission dabei, dieses Konto beim Ämterbesuch zu prüfen. Praktisch jedesmal kommt nachher bei der Abrechnung mehr Geld als budgetiert wurde. Es sieht also immer besser aus mit den Bundesbeiträgen, als budgetiert wurde. Bekanntlich hat man für die grünen Anliegen immer Geld, auch in Bern. Das wird auch in Zukunft so sein. Ich würde das mit der einen Million Franken, die weniger kommt, nicht so tragisch sehen.

Zu den Defiziten im Natur- und Heimatschutzfonds: Tatsächlich habe ich das damals gesagt. Etwas mag es auch leiden, weil wir während Jahren im Natur- und Heimatschutzfonds vorwärtsgemacht haben. Damit habe ich auch kein Problem. Niemand bei uns hat ein Problem. Dass der Natur- und Heimatschutzfonds auf dieser Basis, wie er seit Jahren geüfnet wird mit 18 Millionen Franken pro Jahr aus der Staatskasse, dass dieses Geld auch für den Natur- und Heimatschutz eingesetzt wird, damit haben wir kein Problem. Man kann auch sogar gewisse Defizite machen. Was jetzt aber passiert, er wird rasant heruntergefahren. Es geht nicht nur darum, etwas Defizit zu machen. Das möchten wir auch erleiden über mehrere Jahre. Jetzt ist es aber so, dass er innert wenigen Jahren geplündert wird. Im KEF 2014 braucht er bereits erhöhte Einlagen. Also korrigieren wir den damaligen Entscheid.

Ich begreife aber auch die Haltung der Regierung, dass es für sie unangenehm ist, wenn sie sagen, einmal bewilligt ihr, dann wird es wieder gestoppt. Dafür habe ich volles Verständnis. Andererseits müssen wir einfach festhalten, die Budgethoheit liegt beim Kantonsrat. Was noch auf uns zukommen wird in den nächsten Jahren punkto finanzielle Situation ist vielleicht noch ein kleiner Klacks, wenn wir hier – es ging damals nicht um Beiträge an die Bewirtschafter, sondern es ging um die sogenannte Artenförderung, da sind wir wieder bei den

Öko-Büros, die Martin Haab erwähnt hat – das rückgängig machen, was vor einem Jahr beschlossen wurde. Ich bitte Sie um Zustimmung zum Antrag.

Carmen Walker Späh (FDP, Zürich): Es ist tatsächlich so, dass die Diskussion rund um den Fonds eine lange Vorgeschichte hat. Ich erinnere an die Parlamentarische Initiative Robert Brunner «Mehr Mittel für den Natur- und Heimatschutz», welche damals mehr Mittel im Umfang von 23 bis 25 Millionen Franken gefordert hat. Wir von der FDP haben diese Aufstockung abgelehnt, weil wir gesagt haben, es habe genügend Geld in diesem Fonds. Dieses Geld soll man aber auch ausgeben. Deshalb waren wir nicht der Meinung, dass man das Geld noch kürzen sollte, wie dies in einer Sanierungsmassnahme vorgelegen hat. Das Anliegen der Biodiversität ist uns auch wichtig, auch wenn wir heute erkennen müssen, dass wir diese Diskussion an vielen verschiedenen Orten in diesem Budget diskutieren. Wir haben dann das dringliche Postulat, das Hans-Heinrich Heusser erwähnt hat, für Artenförderungsmassnahmen im Naturschutz eingereicht. Ich war hier für die FDP Mitunterzeichnerin. Wir haben genau das gesagt, wir wollten nicht mehr Mittel für Biodiversität einsetzen, aber auch nicht weniger Mittel, sondern wir wollen die Mittel, die in diesem Fonds vorhanden sind, auch nutzen. Wir haben gesagt, es solle saldoneutral sein. Das ist in Bezug auf den Bestand des Fonds. Wir haben auch gesagt, wir wollen es durch Aufträge Dritter erfüllt haben, also nicht durch Personalaufstockung, sondern durch Aufträge in der Privatwirtschaft. Genau dies hat der Regierungsrat jetzt gemacht.

Es wäre schon komisch, wenn wir jetzt ein Jahr später kommen und sagen, lieber Regierungsrat Markus Kägi, wir geben Ihnen den Auftrag, mittels Aufträgen Dritter für Biodiversität zu sorgen und dann einige Monate später wieder zu kommen und zu sagen, das war schön, aber jetzt haben wir es uns doch anders überlegt.

Die FDP bleibt dabei. Wir stehen zu diesen Mitteln, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Darum unterstützen wir den Kürzungsantrag nicht.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Dieser Antrag trifft vor allem die Bauern, die von den Geldern über Leistungsvereinbarungen profitieren und die Massnahmen zugunsten der Biodiversität in unserem

Kanton umsetzen. Die SVP will dieses Geld kürzen. Dieselbe SVP will aber das Ressourcen-Effizienzprojekt Ammoniak unterstützen, welches den Bauern zusätzliche Gelder gibt für Massnahmen, die sie bereits weitgehend erbringen und für die sie gemäss dem Umweltschutzgesetz sowieso verpflichtet werden könnten. Diese Haltung entspricht kaum dem Willen der Bauern. Zumindest die Bauern, die ich kenne, möchten bezahlt werden für die Leistung, die sie erbringen. Die SVP bevorzugt aber andere Zahlungen aus Steuergeldern.

Dies ist sicher nicht im Interesse der Bauern, denn gerade für Zahlungen ohne Leistungen fehlt die Legitimation bei der knappen Finanzlage, in der wir uns befinden. Die sollte man sich vor dem Hintergrund der Agrarpolitik 14/17 gut überlegen.

Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil): Vielleicht noch etwas zur Riedpflege. Ich schätze es schon nicht, Hans-Heinrich Heusser, wenn man sagt, es gebe Flächen, die so einfach zu bewirtschaften seien, da verdiene man viel Geld. Sie wissen genauso gut wie ich, dass ich zum Beispiel am Pfäffikersee knapp die halbe Fläche so bewirtschaften kann, aber die andere halbe Fläche trage ich alles von Hand mit grossen Stiefeln aus dem Wasser heraus und habe viele, viele Stunden Arbeit. Es ist einfach nur die halbe Wahrheit, wenn man nur das betont, wo es Geld zu verdienen gibt und das andere nicht. Dazu gehört – das steht auch im Vertrag –, dass ich die Gräben, die dort sind, auch pflegen und wieder mal herausputzen muss. Wenn ich alles in allem rechne, habe ich dort keinen so verrückten Stundenlohn, wie er nun hier scheint.

Im Weiteren muss ich sagen, es hat in den letzten Jahren verschiedene LEK (*Landwirtschaftsentwicklungskonzepte*) gegeben. Da profitieren sehr viele Landwirte. Gerade die Bauernschaft im Oberland profitiert davon. Die verschiedenen Massnahmen im Naturschutz sind ein Standbein vieler Landwirte geworden im Zürcher Oberland. Damit haben Sie einen schönen Teil ihres Einkommens. Das ist richtig und gut so. Die Hüst- und Hott-Politik verunsichert diese Bauern. Wenn wir mit diesem Budget so weitermachen – das möchte ich, weil ich hier die Gelegenheit habe, ganz klar und deutlich sagen – und mit den verschiedenen beschlossenen Kürzungen wird die Landwirtschaft ganz empfindlich getroffen. Das wird weh tun. Dann, bitte SVP, steht mit mir zusammen hin und sagt, wir haben so und so viel gekürzt und nun muss die Landwirtschaft auch bluten.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Eigentlich ist es schade, dass die Reduktion von 2,5 Millionen Franken aus dem Natur- und Heimatschutzfonds von einer Partei kommt, die von sich behauptet, sich zum Wohl der Landwirtschaft einzusetzen. Das Ziel dieses Gelds ist nicht eine Quantitätssteigerung, sondern eine Qualitätssteigerung der Naturschutzflächen.

Ich habe immer gesagt und sage dies auch heute Abend, dieses Fondsvermögen schwächt nicht die produzierende Landwirtschaft. Dieses Fondsvermögen fördert den Naturschutz auf freiwilliger Basis, von dem rund 1700 Zürcher Bauern profitieren, die diesen Naturschutz umsetzen, und mit zwar qualitativ bester Arbeit, was einen ökologischen Naturschutz ermöglicht. Dieses Geld ist gut und sicher investiert. Da würde jede Rating-Agentur ein «Triple A» ausstellen.

Mir ist es wichtig zu betonen, wie viel in den letzten Jahren im Bereich Naturschutz schon getan wurde. Blumenwiesen wurden artenreicher. Sommervögel und Krautblumen haben zugenommen. Dichte Wälder wurden geschaffen, Hecken neu angelegt oder bisherige aufgewertet. Wenn wir diese Qualität halten oder noch leicht steigern wollen, braucht es nach wie vor diese 2,5 Millionen Franken aus dem Natur- und Heimatschutzfonds. Ich bin der festen Überzeugung, dass landwirtschaftliche Produktion und Naturschutz in vernünftigem Mass nebeneinander Platz haben. Ich sage hier aber auch klar zuhänden der linken Ratsseite: Naturschutz funktioniert nur auf freiwilliger, aber überzeugter Basis. Naturschutzprogramme ohne Bauern oder noch schlimmer gegen die Bauern sind ganz schlecht und kontraproduktiv. Die Landwirtschaft und die Fachstelle Naturschutz müssen partnerschaftlich miteinander zusammenarbeiten.

Lehnen Sie mit der EDU den Kürzungsantrag ab.

Stefan Krebs (SVP, Pfäffikon), Präsident der KPB: Die Minderheit der Kommission für Planung und Bau will die Erhöhung der Einlage in den NHS-Fonds um 2,5 Millionen Franken wie in der Budgetdebatte 2011 beschlossen worden war, rückgängig machen. Dass das Perpetuum mobile einer saldoneutralen Ausgabenerhöhung nicht funktioniert, könne man den KEF entnehmen. 2014 und 2015 müssen die Einlagen gar erhöht werden, weil der Fonds sonst geplündert ist.

Die Mehrheit findet die nachhaltige Speisung des NHS-Fonds weiterhin wünschenswert. Wir haben es so gehört. Es können so wertvolle und längst fällige Massnahmen im Naturschutz verwirklicht werden. Fatal wäre es auf jeden Fall, wenn der Kantonsrat in einem Jahr das Budget erhöht und im nächsten Jahr aber wieder kürzt. Eine kontinuierliche Projektplanung und Durchführung wird durch eine Hüst- und Hott-Politik verunmöglicht.

Als Präsident der Kommission für Planung und Bau beantrage ich Ihnen, den Antrag der FIKO, der dem Minderheitsantrag der KPB entspricht, abzulehnen.

Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon): Auch wenn ich selber nur drei altersschwache Schafe in die Waagschale werfen kann, erlaube ich mir trotzdem, mich in die Diskussion unter den Landwirten einzubringen.

Die CVP wird diesen Antrag nicht unterstützen. Der Natur- und Heimatschutzfonds wurde mit dem Ziel geschaffen, Massnahmen zur Schaffung und Erhaltung von schützenswerten Landschaften von Naturobjekten sowie von Erholungsgebieten zu finanzieren. Er leistet einen wichtigen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung im Kanton Zürich. Die Festsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzepts im Jahr 1995 hat dazu geführt, dass die Kantone weitere Aufgaben hinsichtlich Naturschutz und Biodiversität wahrnehmen müssen. Gleichzeitig sind die finanziellen Aufwendungen für die Umsetzung unverändert geblieben. Eine Aufwandreduktion, wie der Minderheitsantrag verlangt, würde heissen, dass der von uns mitgetragene Beitrag, der sorgfältig als Kompromiss austariert wurde, nun wieder gekürzt würde, was wir vehement ablehnen.

Die CVP wird daher den Minderheitsantrag der KPB ablehnen.

Hans-Heinrich Heusser (SVP, Seegräben), spricht zum zweiten Mal: Wir haben eine interessante Diskussion geführt. Noch ein Wort zu Gerhard Fischer: Er – und auch andere – gefällt sich, wenn er der SVP immer wieder vorwerfen kann, sie sei gegen die Landwirte. Mit dem leben wir gut. Die Wähler wissen, dass das nicht stimmt.

Zu den Beiträgen, die ich zur Riedpflege erwähnt habe: Das habe ich damals tatsächlich gesagt, und zwar im Zusammenhang mit der Nahrungsmittelproduktion. Es soll mir doch einer hier drinnen sagen, ob das auch für ihn ethisch vertretbar ist, wenn wir offenbar für Nah-

rungsmittel nichts mehr erhalten, aber dafür für sogenannt gescheiterten Naturschutz. Die Nahrungsmittel-Produktionsflächen naturieren wir, also legen wir möglichst viel still. Das ist eigentlich die Politik. Die Nahrungsmittel importieren wir dafür von den Leuten, die Hunger haben in den südlichen Ländern. Das ist die sogenannt ethische Politik, die wir in der Schweiz betreiben.

Damals im Antrag der 2,5 Millionen Franken stand kein Wort von den Beiträgen an die Landwirtschaft. Damals ging es ausdrücklich um Artenschutz und Förderung von Öko-Büros.

Die Produktionsflächen werden renaturiert. Produktionsmittel werden importiert. Da soll mir einer erzählen, was hier ethisch und gut ist daran.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag 26 der FIKO, der dem Minderheitsantrag von Hans-Heinrich Heusser entspricht, wird dem Minderheitsantrag 26a der FIKO, der dem Mehrheitsantrag der KPB entspricht, gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Minderheitsantrag der FIKO mit 113 : 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8940, Denkmalpflegefonds (Fonds im Fremdkapital)

Konto 8950, Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen (Fonds im Eigenkapital)

Konto 8960, Deponiefonds (Fonds im Fremdkapital)

Konto 8970, Kantonaler Waldfonds (Fonds im Fremdkapital)

Konto 8980, Wildschadenfonds (Fonds im Eigenkapital)

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Anstalten)

Konto 9300, Zürcher Verkehrsverbund

Konto 9510, Universitätsspital Zürich

Konto 9520, Kantonsspital Winterthur

Konto 9600, Universität Zürich

Konto 9690, Zentralbibliothek

Konto 9710, Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften

Konto 9720, Zürcher Hochschule der Künste

Konto 9740, Pädagogische Hochschule Zürich

Konto 9800, Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Übrige Organisationen (nicht zu konsolidierende Anstalten)

Konto 9100, BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich

Konto 9200, Arbeitslosenkasse

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Jürg Trachsel: Damit haben wir das Budget durchberaten.

Unter Berücksichtigung der vom Rat beschlossenen Änderungen, inklusive Steuerfussantrag 100 Prozent, der allerdings noch nicht beschlossen ist, ergeben sich im Budget 2012 gesamthaft in der Erfolgsrechnung ein Aufwandüberschuss von 81'782'526 Franken und in der Investitionsrechnung Investitionsausgaben von 1'043'746'470 Franken.

Die Leistungsindikatoren mit Zielwerten stimmen mit dem Entwurf des Regierungsrates überein. Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich und der Arbeitslosenkasse entsprechen dem Entwurf des Regierungsrates.

Damit haben wir die Detailberatung abgeschlossen.

Wir kommen zum fünften Teil unserer Beratung, nämlich zur Beratung und Festsetzung des Steuerfusses.

Vorlage 4834a

Minderheitsantrag Rosmarie Joss, Sabine Sieber

I. Der Steuerfuss für die Jahre 2012 und 2013 wird auf 107 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Minderheitsantrag Regula Kaeser

I. Der Steuerfuss für die Jahre 2012 und 2013 wird auf 105 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Minderheitsantrag Martin Arnold, Matthias Hauser, Jürg Sulser, Hansueli Züllig

I. Der Steuerfuss für die Jahre 2012 und 2013 wird auf 95 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Antrag Peter Ritschard

I. Der Steuerfuss für die Jahre 2012 und 2013 wird auf 103 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Jean-Philippe Pinto (CVP, Volketswil), Präsident der FIKO: Zusammen mit dem KEF hat der Regierungsrat dem Kantonsrat den Antrag für die Festlegung des Steuerfusses für die Jahre 2012 und 2013 vorgelegt. Aufgrund der erwähnten Sondereffekte, Sanierung der BVK sowie Auswirkungen der KVG-Revision und der Neuregelung der Spital- und Pflegefinanzierung beantragt der Regierungsrat, den Steuerfuss von 100 Prozent auf neu 107 Prozent der einfachen Staatssteuer zu erhöhen, wobei 5 Prozent für den Gesundheitsbereich und 2 Prozent für die BVK-Sanierung vorgesehen sind.

Die Mehrheit der Finanzkommission beantragt, den Steuerfuss wie in den Vorjahren bei 100 Prozent der einfachen Staatssteuer zu belassen. Dem Mehrheitsantrag stehen vier Minderheitsanträge gegenüber. Die eine Minderheit folgt dem Regierungsrat und möchte den Steuerfuss

bei 107 Prozent festsetzen. Eine weitere Minderheit beantragt eine Erhöhung auf 105 Prozent, eine dritte Minderheit auf 103 Prozent und die vierte Minderheit beantragt, den Steuerfuss auf 95 Prozent der einfachen Staatssteuer zu senken.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Finanzkommission zuzustimmen und danke Ihnen allen für das lange Ausharren. Amen.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Der Steuerfuss sollte so gestaltet werden, dass er die Ausgaben deckt. Wir haben nun gehört, dass es nach dem Budget ein Defizit von 81,7 Millionen Franken bei einem Steuerfuss von 100 Prozent geben soll. Man könnte jetzt geneigt sein zu sagen, 81 Millionen Franken sind irgendwo noch in der Nähe der Budgetgenauigkeit. Eigentlich würden 100 Prozent genügen. Stimmt denn das wirklich?

Wenn wir die jetzt beschlossenen wesentlichen Kürzungen anschauen, sieht das etwas anders aus. Die 300 Millionen Franken im Konto 4950, da muss man sagen, dass sich der Kantonsrat auf gut Glück verlassen hat, also auf Regierungspräsidentin Ursula Gut und den Regierungsrat, der mit Glück dann dies festsetzt.

Beim Konto 6300, somatische Akutversorgung, ist dies eine Kürzung, bei der man nicht so sicher ist, ob sie in der Realität wirklich durchführbar ist. Man kann das auch unter der Kategorie sehr optimistische Budgetierung abhandeln.

Beim Konto 7000, Verwaltung der Bildungsdirektion, das ist so der nächst grössere Antrag, muss auch gesagt werden, dass dieser nicht umsetzbar ist. Man kann dieses Einsparungspotenzial im nächsten Jahr nicht erwirken. Wenn Sie so viel einsparen wollen, müssen Sie Leute entlassen. Wenn Sie Leute entlassen, dann haben Sie einen Sozialplan, der auch kostet. Das geht einfach nicht.

Ich könnte jetzt noch etwas weiterfahren. Es gibt noch den einen oder anderen nicht allzu realistischen Kürzungsantrag. Wenn man das Ganze recht betrachtet, fehlt doch etwas Geld in diesem Budget, wenn man auf 100 Prozent geht. Das heisst, man bräuchte mehr.

Etwas habe ich schon gestaunt. Gestern haben wir von der halben SVP Vergleiche mit irgendwelchen Mittelmeerstaaten zu unseren Finanzen gehört, dass wir fast schon dort landen, dass wir eine grauenhafte finanzpolitische Situation haben.

Zur Erinnerung: Griechenland hat das Wunder geschafft, das Budget und die Rechnung etwas zu schönen und so in den Euro zu kommen. Wenn wir zurück zum Kanton Zürich gehen, muss man sagen, zum guten Glück kann der Kantonsrat die Rechnung nicht schönen. Die Verwaltung macht die Rechnung. Daher passiert uns wenigstens das nicht. Beim Budget hat er sich schon ein Vorbild genommen. Das hat er nämlich wirklich recht schön geschüttelt.

Wenn Sie schon Anschuldigungen machen wegen fragwürdigem finanzpolitischem Verhalten, dann bitte richten Sie dies an sich selbst und nicht an uns.

Man kann natürlich auch sagen, im Prinzip sei es gar nicht so schlimm, wenn wir im Budget ein Defizit haben. Wir können eine Verschuldung durchaus in Kauf nehmen. Wir hatten in der Vergangenheit sehr gute Jahre. Im Prinzip verträgt es das problemlos. Man kann sagen, man mache das im Sinne einer antizyklischen Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Hier traue ich aber der Mehrheit in diesem Rat eine antizyklische Wirtschaftspolitik schlicht nicht zu. Dann müssten Sie in der Lage sein, dass Sie die Einnahmen so festsetzen, dass wir mehr einnehmen, als wir ausgeben, um das wieder zu kompensieren. Dass Sie das machen, glaube ich ehrlich gesagt nicht.

Das Problem ist, wenn Sie dann sagen, wir machen das nur mit den Steuern, wir senken dafür den Aufwand, dann funktioniert die antizyklische Wirtschaftspolitik nicht. Wenn Sie nämlich den Aufwand beim Staat senken, dann machen Sie den Effekt grad wieder futsch, den Sie mit den tiefen Steuern haben. Sie können das nicht mit Sanierungen kompensieren.

Es ist bekannt, und der Mehraufwand ist ausgewiesen. Wir haben das Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz schon x-mal erwähnt. Das Finanzausgleichsgesetz kommt auch. Gestern konnten Sie es beim Verlassen des Rathauses kaum ignorieren. Der Kanton Zürich hat bei der BVK doch einen grösseren Schuldenberg. Ich bin der Meinung, dass auch der Kanton Zürich seine Schulden bezahlen soll, wie das die Demonstranten gefordert haben. Die Schulden gehören zurück zur BVK. Dort ist eine gewisse Belastung vorhanden.

Für die SP ist klar, langfristig gesehen muss die Steuergesetzgebung anders werden. Sie muss gerechter werden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Steuergeschenke für die Unternehmungen und die Reichsten in diesem Kanton rückgängig gemacht werden. So schaffen wir es nämlich, eine gerechtere Verteilung zu machen. Für den Durchschnittsbürger brauchen wir dann einen weniger hohen Steuerfuss.

Kurzfristig ist dies aber nicht möglich. Entsprechend muss man sagen, dass es das Vernünftigste ist, dem Regierungsantrag zu folgen und den Steuerfuss von 107 Prozent zu genehmigen.

Für die SP ist klar, es darf nicht sein, dass wir irgendwelche Radikalkuren machen. Genau das wollen Sie, wenn Sie den Steuerfuss von 100 Prozent wollen. Die SP wird versuchen, das nicht zuzulassen. Die SP hat eine Politik, die sich für alle einsetzt und nicht nur für ein paar wenige.

Lilith Claudia Hübscher (Grüne, Winterthur): Leider tritt jetzt ein, was die Grünen vorausgesagt haben. Nach den Steuersenkungen der letzten Jahre, wo wir den Reichen Geld schenkten, müssen wir nun beim Mittelstand kompensieren mit Leistungsabbau und Steuererhöhungen, um öffentliche Aufgaben zu finanzieren. Gegen 1 Milliarde Franken machten jährlich die Steuersenkungen des letzten Jahrzehnts aus. Nun stehen 1 Milliarde Franken Mehrbelastungen für die KEF-Periode 2012 bis 2015 vor der Tür.

Wir können das Rad der Zeit und der verfehlten Finanzpolitik nicht zurückdrehen. Darum beantragen wir einen Steuerfuss von 105 Prozent. Der Finanzbedarf ist mit dem neuen Spitalfinanzierungsgesetz ausgewiesen. Die Gemeinden werden insgesamt durch dieses Gesetz entlastet. Die kalte Progression seit 2002 wird ausgeglichen. Insofern ist diese Erhöhung vertretbar.

Wir Grüne halten allerdings in aller Deutlichkeit fest: Es ist die bürgerliche Finanzpolitik, die uns diese finanzielle Schieflage eingebracht hat. Wir sind überhaupt nicht scharf darauf, die Kohlen der einstigen «Vier-gewinnt-Crew» aus dem Feuer zu holen. Dass nun ausgerechnet die Bürgerlichen munter weiter Steuersenkungsanträge stellen und glauben, so Propaganda machen zu müssen, ist nicht nur billiger und schlechter Stil, sondern auch scheinheilig und verantwor-

tungslos. Das Spitalfinanzierungsgesetz haben wir gemeinsam in diesem Saal verabschiedet. Die dafür nötigen Steuererhöhungen waren auch Ihnen von der anderen Ratsseite bekannt. Wir haben Alternativen aufgezeigt. Sie erinnern sich an die Abstimmung zur Steuerstrategie im Mai 2011: Dank der Grünen konnte die Regierung 300 Millionen Franken sparen. Wir haben der Bevölkerung keine Steuererhöhung gewünscht, doch in der jetzigen Situation ist sie das kleinere Übel im Vergleich zu weiteren Abbaupaketen und Husch-husch-Sparaktionen. Diese bringen nichts ausser noch mehr Unruhe in die eh schon bewegten Finanzflüsse, Stichwort Finanzausgleich.

Die FDP, CVP, BDP und GLP beantragen jedoch 100 Prozent, so, als ob nichts wäre und schieben dem Sanierungspaket San10 via das Irgendwo-irgendwie-irgendwas-Konto 4950 zusätzliche Sparübungen nach. Die SVP unterbietet mit 95 Prozent und lässt den Rasenmäher auffahren. Es ist wie auf dem Basar. Es wird gehandelt, was das Zeug hält. Kein Preis, nichts ist verbindlich. Zum Ärger von uns Grünen setzen sich die bürgerlichen Regierungsräte in ihren Fraktionen nicht oder nicht genug für die nötigen Mittel durch. So viel zur im Moment so viel diskutierten Konkordanz.

Wir fordern, was wir schon immer gefordert haben. Erstens: eine Finanzpolitik der ruhigen Hand, wo Eigenkapital und Schulden nicht auseinanderdriften. Zweitens: eine Finanzpolitik, die endlich auch einnahmeseitige Optionen seriös prüft statt nur sich selber mit neuen Sparpaketen zu beschäftigen – Optimierungsmöglichkeiten in Struktur und Ablauf sind Führungsfragen und gehören zum Tagesgeschäft. Drittens: Die Umsetzung eines neuen Spitalfinanzierungsgesetzes, was 5 zusätzliche Steuerprozent voraussetzt.

Bleiben Sie glaubwürdig. Sprechen Sie unserem Kanton die nötigen Mittel, sonst leidet er an Mangel oder sogar Unterernährung. Erst blutet sein Zahnfleisch, dann verliert er seine stolzen Löwenzähne, holt in der Not seine Nährstoffe aus den Knochen, bis sie zusammenkrachen und nichts mehr steht. Signalisieren Sie, dass Ihnen die Gesundheit unseres Kantons und seiner Bevölkerung etwas Wert ist. Der Kanton Zürich bleibt nur fit und wettbewerbsfähig dank guter Pflege und Infrastruktur, gerade auch im Gesundheitswesen. Das kann man nun wirklich nicht auf dem Basar oder im Discount kaufen.

Unterstützen Sie deshalb den grünen Steuerfussantrag von 105 Prozent in unser aller Interesse.

Peter Ritschard (EVP, Zürich): Der Antrag der EVP ist so kurz, wie gering die Steuererhöhung um 3 Prozent ist. Wir beantragen sie damit.

Ratspräsident Jürg Trachsel: Das ist tatsächlich eine kurze Begründung. Ich gratuliere Ihnen.

Martin Arnold (SVP, Oberrieden): Ich würde auch gern die Diskussion verlängern, beschränke mich aber auf die Erklärung des Steuerfussantrags auf 95 Prozent, werde aber doch ein bisschen länger als Peter Ritschard.

Die SVP beantragt Ihnen eine moderate Steuerfussenkung um 5 Prozentpunkte. Dieser Senkungsantrag hat den Hintergrund, dass die SVP die wirtschaftliche Zukunft unseres Kantons als sehr schwierig beurteilt. Wir sind der Auffassung, dass in dieser Situation insbesondere die Unternehmungen von Gebühren, Abgaben und Steuern entlastet werden müssen, um diese Krise besser überstehen zu können. Gleichzeitig sind wir der Auffassung, dass der private Steuerzahler zur Abfederung möglicher Lohneinbussen ebenfalls steuerseitig entlastet werden soll. Wirtschaft und Private werden in nächster Zeit den Gürtel deutlich enger schnallen müssen. Wir glauben, es ist zumutbar, dass Gleiches von der öffentlichen Hand zu erwarten ist. Zudem wird die Steuerfussreduktion noch einmal zu einem Einnahmefehl führen, was wiederum der Regierung die Gelegenheit gibt zur Erreichung des mittelfristigen Ausgleichs die nötigen Sanierungsmassnahmen einzuleiten.

Ich beantrage Ihnen, dem Steuerfussantrag auf 95 Prozent zuzustimmen.

Beatrix Frey (FDP, Meilen): Die Budgetdebatte der vergangenen zwei Tage hat klar zum Ausdruck gebracht, dass eine deutliche Mehrheit dieses Rates die Mehrbelastungen, die auf den Kanton zukommen, nicht über Steuererhöhungen decken will. Der Rat hat verschiedenen konkreten Kürzungsanträgen zugestimmt und der Regierung einen pauschalen Ergebnisverbesserungsauftrag über 300 Millionen Franken erteilt. Mit diesem Auftrag verbinden wir die Erwartung an

die Regierung und die Verwaltung, sich in allen Direktionen ernsthaft mit der Frage auseinanderzusetzen, wie die vorhandenen Mittel zielgerichteter und effizienter eingesetzt werden können. Vom Parlament erwarten wir, dass es diese Bemühungen mit geeigneten Vorstössen und konsequenten Entscheiden unterstützt.

Diesen Pakt gilt es nun mit dem Steuerfuss zu besiegeln. Für die FDP ist ein gleichbleibender Steuerfuss von 100 Prozent die logische Konsequenz aus der gewalteten Budgetdebatte. Sie wird deshalb den Antrag der FIKO unterstützen. Mit dieser vorletzten Entscheidung soll zudem auch denjenigen unter Ihnen, welche die Regierung unverhohlen zur Verweigerung des pauschalen Kürzungsauftrags aufgerufen haben, klar werden, dass Ihre Aufforderung nicht nur undemokratisch, sondern auch unverantwortlich ist. Sie würde nämlich zu einer deutlichen zusätzlichen Verschuldung führen. Da sind wir uns einig, das wollen wir alle nicht.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil): Die CVP sagt Ja zu einem massvollen Staat. Mass halten bedeutet, nur so viel Steuern eintreiben, wie unbedingt nötig. In der Detailberatung haben wir aufgezeigt, dass unserer Ansicht nach der Spielraum auf der Ausgabenseite noch nicht ausgeschöpft ist. Daher sind wir der Meinung, zum heutigen Zeitpunkt eine Steuererhöhung vorzunehmen, wäre eine Erhöhung auf Vorrat. Der Privatkonsum ist bisher bemerkenswert stabil und eine der wenigen Stützen der Konjunktur. Wir sollten nicht ausgerechnet diese Stütze ins Wanken bringen. Wir dürfen mit Blick auf das unsichere wirtschaftliche Umfeld die privaten Haushalte nur zusätzlich belasten, wenn es wirklich nicht anders geht.

Wir sind überzeugt, es geht vorläufig anders. Eine Steuerfusserhöhung muss immer das letzte Mittel sein. Wir haben aber noch einige andere Karten, die wir zuerst spielen sollten.

Ebenso überzeugt sind wir, dass kein Spielraum besteht, um die Steuern zu senken. Der SVP-Antrag macht sich zwar gut im Parteiprogramm, wäre aber gerade jetzt gegen jede Vernunft. Dafür sind die finanzpolitischen Herausforderungen, die der Kanton Zürich zu meistern hat, einfach zu gross. Der Weg liegt in der Mitte. Die CVP unterstützt den Antrag der FIKO.

Benno Scherrer Moser (GLP, Uster): Wir Grünliberale wollen Stabilität beim Steuerfuss. Wir wollen Stabilität beim Aufwand, die wir nicht erreichen werden. Wir sollten aber auf die kurzfristige und kurzfristige Steuerfussenkung verzichten und auch auf die kurzfristige und kurzfristige Steuerfusserhöhung. Wir stehen für einen stabilen Fuss bei 100 Prozent ein. Die von der SVP für die Tribüne geforderte Senkung um 5 Prozent liegt finanzpolitisch quer. Aber der 7-prozentige Antrag des Regierungsrates liegt wohl noch querrer. Der Antrag der SVP war immerhin konsequent, ganz im Gegensatz zu demjenigen der Regierung. Vor einem Jahr wollte sie im Rahmen des Steuerpakets mit den Steuern massiv runter und jetzt wieder heftig rauf. Das ist vielleicht auf der Chilibahn lustig und gewünscht, einem kantonalen Steuerfuss aber nicht angemessen. Diese Stop-and-go-Politik möchten wir nicht mittragen.

Wir stehen für die 100 Prozent ein, die zusammen mit den Kürzungen, die wir beschlossen haben, tragbar sind.

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau): Wir debattieren zurzeit über eine gute und eine schlechte Nachricht, einerseits zu einer Steuererhöhung und andererseits zu einer Steuersenkung. Was eher die gute oder eher die schlechte Nachricht ist, überlassen wir jeder Fraktion selbst. Wir haben uns schon in der Eintretensdebatte für die Beibehaltung des Steuerfusses von 100 Prozent ausgesprochen. Daran hat sich nichts geändert. Gestern und heute wurde immer wieder die konjunkturelle Entwicklung ins Feld geführt. Betrachten wir die uns zur Verfügung stehenden Indikatoren und unser Budget, sind eine Steuersenkung sowie eine Steuererhöhung keine Option. Wirtschaft und Staat sind unmittelbar miteinander verknüpft, ja voneinander abhängig. Senken wir den Steuerfuss, hat die Wirtschaft etwas mehr. Dem Staat fehlt dafür einiges in der Kasse. Logisch ist der Umkehrschluss. Wobei ich hier anfügen möchte, dass gerade der Staat noch nicht bewiesen hat, dass er tatsächlich mit dem ihm zur Verfügung gestellten Kapital haushälterisch umgeht. Wer laufend mehr ausgibt, dem darf man doch nicht mehr Geld geben. Man sollte ihm aber auch nichts wegnehmen, und ihm die Chance nehmen, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln haushalten zu lernen. Das heisst nicht, nur immer den Gürtel enger zu schnallen, sondern sich auf das tatsächlich Wesentliche zu beschränken.

Wir unterstützen den Antrag auf Beibehaltung des Steuerfusses von 100 Prozent.

Heinz Kyburz (EDU, Männedorf): Wir haben während zwei Tagen eine Debatte geführt. Diese Debatte war aber eine Scheindebatte, weil es eigentlich klar war, wie es kommen musste. Die FIKO hat vorgegeben, wie es kommen musste. Die Mehrheitsverhältnisse in diesem Rat sind klar. Das Amen, das wir vom FIKO-Präsidenten gehört haben, hätte er schon vor zwei Tagen sagen können. So sei es. Ja, wir können nichts dagegen tun. Es ist einfach ein Budget, das jetzt ein Scheinbudget ist, das mit rund 82 Millionen Franken Aufwandüberschuss abschliesst, aber eigentlich 382 Millionen Franken beinhaltet. Diese 300 Millionen Franken kann man nicht einfach einsparen. Wenn man das ignoriert und einfach die Steuern kürzt, dann trägt man zur Verschuldung bei. Dieses Geld, das dann mit der Steuerfusskürzung fehlt, führt zur Verschuldung, die wir heute noch nicht in diesem Mass haben.

Deshalb ist für uns klar, wir werden weiterhin am Antrag der Regierung festhalten, die 107 Steuerprozente fordert. Wir finden das richtig und verantwortungsbewusst, auch wenn wir wissen, dass es keine Chance hat. Selbstverständlich werden wir auch einem Minderheitsantrag, der bei 105 oder bei 103 Prozent landet und eine Mehrheit finden könnte, zustimmen. Wahrscheinlich erwartet niemand in diesem Rat, dass eine andere Variante als die 100 Prozent durchkommt.

Stefan Feldmann (SP, Uster): Nachdem nun alle Fraktionssprecherinnen und -sprecher gesprochen haben, braucht es wenig politische Fantasie, um den Ausgang des kommenden Abstimmungsreignis vorherzusagen. Es wird wohl mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien dies- und jenseits des Eingangs bei 100 Prozent bleiben.

Das Signal, das Sie mit diesem Steuerfussentscheid aussenden, ist damit klar. Sie sind nicht bereit, die Verantwortung für Ihr politisches Handeln zu übernehmen. Dieser Rat hat beispielsweise im Wissen darum, dass dafür eine 5-prozentige Steuerfusserhöhung nötig ist, dem Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz zugestimmt. Es ist politisch unlauter, nur sechs Monate später nichts mehr davon wissen zu wollen. Ich weiss, dass Konrad Adenauer einst angesprochen auf eine

eigene politische Spitzkehr gesagt hat, dass ihn das Gewäsch von gestern nicht interessiere. Ich habe aber noch nie erlebt, dass jemand diesen Ausspruch derart konsequent in die Tat umzusetzen versucht, wie Sie hier heute Abend.

Ihr Budgettrick beim Konto 4950 gestern und Ihr heutiger Steuerfussentscheid werden unweigerlich dazu führen, dass es in den kommenden beiden Jahren Defizitjahre geben wird. Darüber könnte man angesichts der Reserven bis zur nächsten Steuerfussdebatte hinwegsehen. Ihr Ziel ist aber natürlich ein anderes. Martin Arnold hat das vorhin ziemlich klar zum Ausdruck gebracht. Es geht darum, nach den Sanierungsprogrammen 04, 06 und 10 ein weiteres viertes Sanierungsprogramm 13 auszulösen. Thomas Maier hat kürzlich in diesem Rat gesagt, dass die bisherigen Sanierungsprogramme für die Einwohnerinnen und Einwohner unseres Kantons nicht oder fast nicht spürbar gewesen seien. Erstens denke ich, dass das so nicht stimmt. Die bisherigen Sparprogramme hatten sehr wohl spürbare Konsequenzen, aber vor allem für jene Leute, die sich nicht Gehör verschaffen können. Zweitens, selbst wenn Thomas Maier recht haben sollte, so wird sich das nun ändern, und zwar aus dem Grund, dass die Regierung in den letzten drei Sanierungsprogrammen wohl das, was auf dem Verordnungsweg an Sparmassnahmen möglich war, umgesetzt hat. Jetzt wird sie über Gesetze sparen müssen. Wir werden dann sehen, ob Sie auch bereit sind, diese Gesetze anzupassen, wenn es um die Schliessung von Spitälern und die Erhöhung von Klassengrössen oder, das wird vor allem die Gemeindevertreterinnen und -vertreter unter Ihnen interessieren, wenn es um die Verschiebung von Lasten auf die Gemeinden geht. Bislang sind Sie, angeführt jeweils von der SVP, noch jedesmal zurückgekrochen, etwa wenn dann über Volksinitiativen im Bildungsbereich Sparmassnahmen rückgängig gemacht wurden. Ich erinnere nur an «Husi» (*Hauswirtschaft*) und «Handsgi» (*Handarbeit*).

Wenn Sie heute nicht anders können oder dürfen, als für einen Steuerfuss von 100 Prozent zu stimmen, dann sagen Sie wenigstens später nicht, Sie hätten nicht gewusst, was da auf Sie und Ihre Wählerinnen und Wähler zukommt.

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen sind auf jeden Fall nicht bereit, dass die Sanierung des Staatshaushalts einzig und allein auf dem Buckel jener Menschen ausgetragen wird, die auf die Unter-

stützung der Gemeinschaft in irgendeiner Form angewiesen sind, auf Kosten von Patientinnen und Patienten, von Schülern und Schülerinnen und Studierenden, von Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger, zulasten von Angestellten dieses Kantons, aber auch zulasten der KMU und der Umwelt.

Die SP wird deshalb bei einem allenfalls kommenden weiteren Sanierungsprogramm jede Gesetzesänderung bekämpfen, die jenen Opfer abverlangt, die am meisten auf unsere Solidarität angewiesen sind. Wir werden auch jedes Gesetz, das diesen Grundsatz verletzt, durch ein Referendum dem Zürcher Stimmvolk unterbreiten. Die SP ist nicht bereit, den Kanton Zürich auf dem Altar Ihres Steuerfussfetischismus zu opfern. Wir sind sicher, dass das die Zürcher Bevölkerung auch nicht will.

Ich bitte Sie, den Anträgen auf eine Steuerfusserhöhung entsprechend zuzustimmen.

Martin Arnold (SVP, Oberrieden), spricht zum zweiten Mal: Stefan Feldmann sei eine gewisse Redundanz aufgrund seiner zeitweiligen Abwesenheit in diesem Rat verziehen. Was Sie uns eben gepredigt haben, hören wir fast jährlich, wenn es um den Steuerfuss und das Budget geht. Was wir mit dem Beschluss, den wir heute fassen, tatsächlich für ein Signal aussenden, ist das Signal der Sicherheit und der Stabilität, auch wenn es am Schluss vielleicht bei einem stabilen Steuerfuss bleiben sollte. Ich bitte Sie, das zu bedenken. Das ist auch für Ihre Klientel von besonderer Bedeutung.

Regierungspräsidentin Ursula Gut: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, den Steuerfuss um 7 Prozent anzuheben. Die Gründe habe ich eingehend ausgeführt. Ich möchte sie noch einmal kurz wiederholen, weil ich vermisst habe, dass man darauf eingetreten ist: 5 Prozent als Folge der Aufgabenentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden im Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz – es war von Anfang an transparent – und 2 Prozent für die notwendige Sanierung der BVK. Insofern gebe ich Heinz Kyburz durchaus recht, es war gestern und heute eine eigentliche Scheindebatte. Die Situation war schon gestern zu Beginn klar.

Ich führe noch einmal an, dass die Ausgabensteigerungen wesentlich höher sind. Wir erheben keine zusätzlichen Steuern als Folge des Krankenversicherungsgesetzes, keine höheren Steuern für die wesentlich höheren Finanzausgleichsbelastungen des Kantons und keine höheren Steuern als Folge der nicht erfolgenden Ausschöpfungen eines Nationalbankgewinns.

Ratspräsident Jürg Trachsel: Wir kommen zum Abstimmungsprozedere. Wir werden den Minderheitsantrag Rosmarie Joss auf 107 Prozent, den Minderheitsantrag Regula Kaeser mit 105 Prozent, den Antrag Peter Ritschard von 103 Prozent und den Minderheitsantrag Martin Arnold von 95 Prozent im sogenannten Cup-System einander gegenüberstellen. Danach stelle ich den obsiegenden Antrag dem Mehrheitsantrag der FIKO auf 100 Prozent gegenüber. Jedem Mitglied steht nur das Recht zu, für einen dieser Anträge zu stimmen. Vereinigt keiner dieser Anträge die Mehrheit der stimmenden Mitglieder auf sich, wird entschieden, welcher der beiden Anträge, der am wenigsten Stimmen auf sich vereinigt hat, ausscheidet. In der Folge wird das Verfahren fortgesetzt, bis einer der Anträge eine Mehrheit erlangt. Die Tür ist zu schliessen.

Abstimmungen

Anwesende Ratsmitglieder	174
Absolutes Mehr	88 Stimmen

Ratspräsident Jürg Trachsel: Ich weise nochmals darauf hin, dass jedes Mitglied nur eine Stimme abgeben darf. Übersteigt die Anzahl der abgegebenen Stimmen die Zahl der anwesenden Mitglieder muss logischerweise die Abstimmung wiederholt werden.

Die Minderheitsanträge von Rosmarie Joss, Regula Kaeser, Martin Arnold und der Antrag von Peter Ritschard werden einander gegenübergestellt.

Minderheitsantrag Rosmarie Joss.....	34 Stimmen
Minderheitsantrag Regula Kaeser	22 Stimmen
Minderheitsantrag Martin Arnold.....	73 Stimmen
Antrag Peter Ritschard.....	42 Stimmen

Ratspräsident Jürg Trachsel: Keiner der Anträge hat das absolute Mehr erreicht. Somit fahren wir weiter, und stellen die beiden Anträge einander gegenüber, die am wenigsten Stimmen auf sich vereinigt haben.

Die Minderheitsanträge von Regula Kaeser und Rosmarie Joss werden einander gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Minderheitsantrag Regula Kaeser mit 103 : 34 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) zu.

Die Minderheitsanträge von Regula Kaeser, Martin Arnold und der Antrag von Peter Ritschard werden einander gegenübergestellt.

Minderheitsantrag Regula Kaeser	56 Stimmen
Minderheitsantrag Martin Arnold.....	74 Stimmen
Antrag Peter Ritschard.....	42 Stimmen

Ratspräsident Jürg Trachsel: Jetzt stellen wir wieder die beiden Anträge, die am wenigsten Stimmen auf sich vereinigt haben, einander gegenüber.

Der Minderheitsantrag von Regula Kaeser wird dem Antrag von Peter Ritschard gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Antrag Peter Ritschard mit 92 : 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Der Antrag von Peter Ritschard wird dem Minderheitsantrag von Martin Arnold gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Antrag Peter Ritschard mit 97 : 73 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Der Antrag von Peter Ritschard wird dem Antrag der FIKO gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt mit 104 : 68 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Antrag der FIKO zu. Der Steuerfuss ist auf 100 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Ratspräsident Jürg Trachsel: Damit hat der Kommissionsmehrheitsantrag der FIKO obsiegt. Die Tür kann geöffnet werden.

Minderheitsantrag Rosmarie Joss, Regula Kaeser, Sabine Sieber

Das Budget für das Rechnungsjahr 2012 wird an die Finanzkommission zurückgewiesen.

Ratspräsident Jürg Trachsel: Wir kommen zur sogenannten Elefantenrunde. Ich erteile das Wort den Fraktionsvorsitzenden für ein Schlusswort. Ich räume ihnen dafür eine Redezeit von maximal 10 Minuten ein, hoffe aber selbstverständlich angesichts der fortgeschrittenen Zeit, dass die wahren «Elefanten» auch mit weniger Zeit zu-rechtkommen können.

Hans Frei (SVP, Regensdorf): Über 13'700 Millionen Franken sollen im kommenden Jahr im Kanton Zürich durch den Staat ausgegeben werden; eine Summe, die leicht auszusprechen ist, in Tat und Wahrheit wir aber über deren Erwirtschaftung absolut ungenügend Rechenschaft ablegen. Steuergelder sind keine Weihnachtsgeschenke, auch keine Geschenke der Adventszeit. Im Rechnungsjahr 2010 wird mit Mehrerträgen von 1,1 Milliarden Franken über dem Budget überrascht. Für dieses Rechnungsjahr werden uns mit der Zwischenberichterstattung wiederum 300 bis 500 Millionen Franken Steuererträge über dem Budget in Aussicht gestellt. Steuern sind für jede natürliche wie juristische Person eine einschneidende Leistung gegenüber dem Staat, eine Leistung, die keine Selbstverständlichkeit darstellt, die eine Würdigung und Wertschätzung verdient. Grundsätzlich stehen hinter jeder Einkommens- und Vermögensbildung Fleiss und Eigenverantwortung. Unser Wohlstand basiert auf diesem Fundament. Naheliegend ist daher, dass jeder Steuerzahler, jede Steuerzahlerin ein Recht hat, dass jeder Steuerfranken – in diesem Zusammenhang spre-

che ich von Franken und nicht von Millionen und Milliarden – effizient und verantwortungsbewusst eingesetzt werden kann. Dies ist die Grundlage, nach welcher wir das Budget des Kantons Zürich zu beurteilen haben und es verantworten müssen.

Unter diesen Betrachtungen der sehr schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat die SVP-Fraktion das Budget 2012 äusserst kritisch beurteilt. Bankenkrisen, Währungskrisen und Schuldenkrisen im nahen und fernen Ausland sowie die nachgeworfenen und bereits verschlungenen Rettungspakete durch die Notenbanken lassen nichts Gutes erahnen. Diese Entwicklung ist geschichtlich nicht unbekannt, aber die Geschichte lehrt uns, dass wir aus der Geschichte nichts lernen.

Das vorgelegte Budget des Regierungsrates vermag der abzeichnenden Entwicklung nicht zu genügen. Gegenüber der wirtschaftlichen Ausgangslage war der Steuerfussantrag schon gar nicht zu verantworten.

Die SVP sah sich gezwungen, heftig zu intervenieren. Anträge zur Steuersenkung und rigorose Einschränkung der Aufwandsentwicklung sind die einzigen, adäquaten Antworten. Sparprogramme müssen vom Regierungsrat eingefordert werden. Eine Verzichtplanung muss bereits mit den Budgetrichtlinien eingefordert werden.

Unser Rückweisungsantrag wurde einmal mehr von allen anderen Parteien in diesem Saal abgeschmettert. Eine konsequente und gegenüber unseren Steuerzahlern nachvollziehbare Finanzpolitik wurde von den linken über die Mitteparteien bis hin zu den Grünliberalen und der FDP in den Wind geschlagen. Auch die Finanzdirektorin wehrte sich entschieden gegen das Ansinnen einer grundsätzlichen Korrektur der Finanzpolitik in unserem Staat. Finanzdirektorin Ursula Gut ging mit ihrer Aussage noch weiter, dass der 300-Millionen-Sparantrag für sie rechtlich nicht bindend sei, weil in diesem Konto Sparen nicht möglich sei. Wäre nach diesem Votum die Schlussabstimmung angesetzt worden, hätte unsere Fraktion spontan zur Ablehnung dieses Budgets aufgefordert. Wer die Aufträge dieses Parlaments so quittiert, beweist eines: Wo kein Wille ist, ist auch kein Weg. Ein solches Verhalten reflektiert nicht die zwingend notwendige finanzpolitische Führungsarbeit innerhalb des Regierungsrates vor der schwierigen Zeit. Finanzdirektorin Ursula Gut, ich gehe noch einen Schritt weiter.

Ich erwarte, dass der 300-Millionen-Sparantrag, sofern das Budget heute verabschiedet wird, im Budget 2013 nicht wieder aufgehoben wird.

Im Weiteren wird jede Umgehung des mittelfristigen Ausgleichs in Zukunft bekämpft, weil hier Sparmassnahmen unumgänglich sind. Dass die linke Ratsseite diesem Antrag gar nichts abgewinnen kann, ist nachvollziehbar. Wenn sich aber Stefan Feldmann diesbezüglich hinauslehnt und das als Bankrotterklärung bezichtigt, dann weckt dies eine besondere Wachsamkeit. Hatte nicht Stefan Feldmann vor bald sechs Jahren als Verantwortlicher der FIKO-Subkommission BVK unsere Kritik im Engagement der BVK mit der gleichen Oberflächlichkeit in den Wind geschlagen? Heute wissen wir, dass dringender Handlungsbedarf angezeigt gewesen wäre. Durch die Auswirkungen sind wir zwischenzeitlich mit Milliardenforderungen konfrontiert. Da muss uns auch Stefan Feldmann in der Steuerfussdebatte keine Standpauke halten.

Nun sind wir im Budget durch die Detailberatung durch. In der Detailberatung konnten in allen Direktionen Anträge eingebracht werden. Nicht alle konnten umgesetzt werden. Wir müssen heute aber ganz klar feststellen, dass eine Reihe Minderheitsanträge abgelehnt worden sind, die letztlich zu einer Verschlechterung des Budgets geführt haben. Wir mussten heute feststellen, dass unser Steuerfussantrag das Ziel nicht erreicht hat. Wir sind aber überzeugt, dass mit dieser Forderung letztlich verhindert werden konnte, dass heute Abend die Steuern erhöht wurden.

In diesem Sinn und mit wenig Begeisterung zum ganzen Budget wird die SVP-Fraktion das Budget mittragen.

Raphael Golta (SP, Zürich): Zuallererst einmal muss ich die Anwürfe von Hans Frei zurückgeben. Es ist schon bemerkenswert, dass in einer langen Reihe bürgerlicher Finanzdirektoren, die für die BVK verantwortlich waren, auch Finanzdirektoren aus Ihrer Partei waren, unabhängig davon, ob Sie diese heute noch mögen oder nicht, dass Sie hier die Schuld an Stefan Feldmann weisen. Es ist typisch SVP. Es kann eine Reihe von 1000 SVPlern geben, aber wenn irgendwo ein Sozialdemokrat steht, das wird der Schuldige sein.

Ich komme zum eigentlichen Thema des heutigen Tages, zum Budget. Die Budgetkompetenz des Kantonsrates ist keine Carte blanche. Mit dem Recht, das Budget beschliessen zu können, geht auch die Pflicht einher, dass diese Kompetenz im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben auszuüben ist. Der Gesetzgeber, also gewissermassen wir, hat festgelegt, dass das Budget durch die Saldi der Leistungsgruppen beschliessen wird.

Was ist nun das Resultat der Beratungen der letzten zwei Tage? Für jede der rund 100 Leistungsgruppen des Kantons haben wir jeweils einen Saldo festgelegt. Für jede dieser Leistungsgruppen hat die Regierung das Recht, den entsprechenden Betrag auszugeben. Daran ändert auch der – nennen wir es mal – Ausreisser in der Leistungsgruppe 4950 nichts. Was die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrates heute mit ihrer Pauschalkürzung also verabschiedet, ist kein Budget, sondern vielmehr ein weihnächtlicher Wunschzettel an den Regierungsrat. Wie bei Wunschzetteln üblich wissen wir heute nicht, wie die Regierung damit umgehen wird. Unsinnigerweise war die Finanzdirektorin in den letzten Jahren stets bereit, das Christkind zu spielen und den Wunsch auf ein Pauschalsenkungs-Päckli zu erfüllen. Werden Sie das auch dieses Jahr tun, Frau Finanzdirektorin? Der Zeitpunkt wäre eigentlich gekommen, um Ihren bürgerlichen Freunden klarzumachen, dass es das Christkind nicht gibt. Erwachsen werden ist hart, aber manchmal führt kein Weg daran vorbei.

Besonders bemerkenswert an der diesjährigen Pauschalkürzung finde ich, dass Sie von der bürgerlichen Ratsseite genau wissen wollen, dass der Aufwand des Kantons ungerechtfertigt ansteigt, andererseits schaffen Sie es aber partout nicht, diese Steigerungen so zu lokalisieren, dass Sie konkrete Anträge stellen können.

Dieser Tage ist viel von Konkordanz und von der korrekten Vertretung der Parteien in Regierungen die Rede. Wir erlebten in den letzten Monaten und Tagen ein Beispiel dafür, wie man es nicht macht. Zwar bilden FDP und SVP in der Zürcher Regierung die Mehrheit, ihre Fraktionen hingegen argumentieren finanzpolitisch diametral entgegengesetzt zur eigenen Regierung. Unsere aktuelle Debatte ist jedenfalls keine Werbung dafür, dass SVP und FDP vier von sieben Sitzen in einer Regierung besetzen sollten. Hans Frei hat mit seinem heutigen Rundumschlag einen weiteren Beleg dafür geliefert.

Zum Steuerfuss: Die Beratungen der Finanzkommission und des Kantonsrates haben gezeigt, dass längerfristig kein Weg an einer Erhöhung der Einnahmen vorbeiführt. Nachdem sich der Kantonsrat heute gegen eine Steuerfusserhöhung ausgesprochen hat, ist für die SP klar, auf die finanziell sehr ertragreichen letzten Jahre folgt nun eine Phase mit Defiziten. Diese sind einem Abbauprogramm jedenfalls klar vorzuziehen. Die Steuereinnahmen werden wir früher oder später doch noch erhöhen müssen. Wir sollten dann dafür sorgen, dass nicht die breite Bevölkerung die Zeche bezahlen muss. Gefordert sind hingegen diejenigen privilegierten Kreise, die in den letzten 15 Jahren ungerechtfertigt steuerlich entlastet wurden. Die wirtschaftlichen Aussichten sind auch für den Kanton Zürich nicht gerade erfreulich. Wobei ich mich ehrlich gesagt an keine Budgetdebatte erinnern kann, in der wir über die wirtschaftliche Zukunft frohlockt hätten. Sollten sich die pessimistischen Prognosen für die Weltwirtschaft, den Euro-Raum, die Schweiz und den Kanton Zürich bewahrheiten, so müssen wir richtig reagieren. Leider zeigt nicht zuletzt die aktuelle Budgetdebatte, dass die bürgerlichen Parteien nichts, aber auch gar nichts aus den wirtschaftlichen Verwerfungen der letzten Jahre gelernt haben. Das macht mir denn auch weit mehr Sorgen als die finanziellen oder die wirtschaftlichen Aussichten des Kantons. Hier habe ich explizit eine andere Geschichtsschreibung als Hans Frei. Ich weiss auch bei meiner Geschichtsschreibung wesentlich mehr Ökonomen, die dahinterstehen.

Zu meinen, wie dies in der Debatte mehrfach gesagt wurde, der Wirtschaft ginge es besser, sobald die Euroländer ihre Staatsausgaben runterfahren, ist naiv und gefährlich. Ein Grossteil der heute in der Kritik stehenden Länder geriet erst in Schieflage, als ihre Banken durch Steuergelder gerettet werden mussten. Zudem sollte uns allen klar sein, dass auch die Zürcher Wirtschaft und unsere Arbeitsplätze auf eine starke internationale Nachfrage angewiesen sind. Wer soll in den nächsten Jahren diese Nachfrage sicherstellen, wenn einem Staatshaushalt nach dem anderen eine Hungerkur verschrieben wird? Es ist dies eine rein mathematische Aufgabe, auf welche die bürgerliche Politik keine Antworten gibt. Die Wirtschaft kann nur langfristig und nachhaltig wachsen, wenn die Nachfrage gestärkt wird. Sollte diese Nachfrage nicht mehr durch Pump sichergestellt werden, sei es Pump

an amerikanische Hausbesitzer oder europäische Staaten, dann bleibt uns nur eine verstärkte Umverteilungspolitik als Lösung, nicht zuletzt im Kanton Zürich.

Ich komme zum Schluss. Kein Budget ist definitiv nicht schlechter als der vorliegende Entwurf. Deshalb wird die SP-Fraktion das Budget 2012 ablehnen.

Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon): Die FDP-Fraktion hat sich von folgender Absicht leiten lassen: Wir wollen einen mittelfristig ausgeglichenen Finanzhaushalt, ein verabschiedetes Budget 2012 und einen gleichbleibenden Steuerfuss. Keine einfache Ausgangslage, reissen doch insbesondere die BVK und das Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz ein beachtliches Loch in die Kasse. Dass dies mit einer Steuerfusserhöhung verbunden sein würde, hat die Regierung immer vertreten – das ist richtig –, wir jedoch nicht. Weder punkto BVK noch punkto Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz hat die FDP je verlauten lassen, dass sie einer Steuerfusserhöhung zustimmen würde, im Gegenteil, wie damals schon im Tages-Anzeiger nachzulesen war. Es gibt drei Arten, wie ein Loch in der Kasse gestopft werden kann. Entweder erhöht man den Ertrag. Das ist die einfachste Variante. Oder man reduziert den Aufwand, was wesentlich schwieriger zu bewerkstelligen ist. Oder man sucht einen gesunden Mix aus beidem. Die Regierung hat leider nur die einfachste und unserer Meinung nach fantasieloseste Variante ins Auge gefasst. Da können wir nicht mitmachen. Eine Steuerfusserhöhung in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten ohne Mehrwert für die Steuerzahlerinnen und -zahler ist deplatziert für die privaten Haushalte wie auch für Gewerbe und Wirtschaft. Ich freue mich, dass wir uns heute mehrheitlich darauf einigen konnten, auf eine Steuerfusserhöhung zu verzichten und damit diesen Konjunkturkiller zu verhindern, umso mehr als das Steuerpaket dieses Jahr zu unserem Bedauern gescheitert ist. Ein Nein zu einer Steuerfusserhöhung macht substanzielle Einsparungen notwendig. Dies ist in der Detailberatung in der Höhe von rund 350 Millionen Franken geschehen, sieben Steuerfussprozente, weshalb die FDP-Fraktion dem korrigierten Budget nun zustimmen wird.

Ich bin froh, dass es uns gelingt, ein bürgerliches Budget zu verabschieden und so das Signal geben zu können, dass die bürgerliche Mehrheit im Parlament will, dass haushälterisch mit den Mitteln umgegangen wird und gegen die stete Aufwandsteigerung, die im aktuel-

len KEF fast grotesk anmutet, anzugehen ist. Alle Jahre wieder, im Budgetprozess hat sich vorerst einmal Gewohntes abgespielt. Die linke Ratsseite hat leider einmal mehr nicht den geringsten Anlass für auch nur schon die kleinste Reduktion der Aufwandsteigerung gesehen – im Gegenteil. Das ist leider aufs Neue immer wieder finanzpolitisch verantwortungslos. Sie haben sich auch dieses Jahr darin gefallen, die Empörten zu mimen, Spott und Häme zu vergiessen und mit starken Ausdrücken wie feige und jämmerlich nicht zu sparen. Liebe Kolleginnen und Kollegen vis-à-vis, wir wissen alle, dass Sie sich etwas künstlich aufregen. Stellen wir konkrete Kürzungsanträge in spezifischen Leistungsgruppen, dann ist es Ihnen genau dort nicht recht. Kürzen wir pauschal, dann ist es Ihnen auch nicht recht. Das lässt den wenig überraschenden Schluss zu, dass Sie halt eigentlich gar nicht kürzen wollen. So haben Sie sich denn auch dieses Jahr wieder verhalten. Sie stellen fröhlich Budget-Verschlechterungsanträge und zeigen damit erneut, dass Sie im Reigen derjenigen, die finanzpolitisch verantwortungsvoll die Aufwandsteigerung eindämmen wollen, nicht mitreden können. Sie wissen gar nicht, wie sparen, denn Sie haben es noch nie getan.

Besonders absurd ist dies bei den Grünen, die einen Steuerfuss von 105 Prozent propagieren, welcher 2 Steuerfussprozent unter dem Antrag der Regierung liegt. Wo Sie denn die fehlenden 2 Steuerfussprozent oder rund 100 Millionen Franken einsparen möchten, diese Antwort sind Sie uns schuldig geblieben. Es ist Ihnen wahrscheinlich einfach egal. Also bitte werfen Sie uns nicht vor, wir seien unseriös.

Hat der Regierungsrat im letzten Jahr noch mit dem San10 auf die schlechten finanziellen Perspektiven reagiert, so waren dieses Mal aufwandseitig keine neuen Bemühungen auszumachen mit Ausnahme der Hauruck-50-Millionen-Sparübung über die Sommerferien, welche gezeigt hat, dass Sparpotenzial gefunden werden kann, wenn man es denn sucht. Dieses Vorgehen der Regierung enttäuscht uns, denn es ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Personal- und Sachaufwand bis 2015 um über 9 Prozent steigen soll, wenn Teuerung, BIP (*Bruttoinlandssozialprodukt*) und Bevölkerungswachstum deutlich unter dieser Marge liegen. Schade, dass der Regierungsrat auf unser zuerst dringlich erklärtes und dann überwiesenes Postulat hin nicht bereit war, von sich aus aufwandseitig Korrekturen vorzunehmen. Jetzt hat dies die Ratsmehrheit für ihn übernommen.

Die Pauschalkürzung um 300 Millionen Franken hat einen Zweck: Spardruck auf Regierung und Verwaltung auszuüben beziehungsweise korrekt Aufwandsteigerungsminimierungs-Druck. Dass Sie, Rosmarie Joss, den Nerv haben, in diesem Zusammenhang von «Kaputt-Sparen» zu sprechen, ist wirklich einfach lächerlich. Glauben Sie mir, wenn die Regierung in der Verwaltung den Sparauftrag durchgibt, wissen die Verantwortlichen jeder Verwaltungsabteilung sehr genau, wo der Rotstift angesetzt werden kann, ohne Qualität und Dienstleistung für die Öffentlichkeit zu tangieren. Dann werden halt nächstes Jahr keine zusätzlichen Büros mit neuem Mobiliar ausgerüstet. Dann muss die neue Telefonanlage zuwarten, ebenso die Sanierung der Fenster.

Eventuell werden auch die Beiträge für die Personalanlässe etwas bescheidener ausfallen, und ja, möglicherweise wird eine an sich wünschenswerte zusätzliche Dienstleistung nicht erbracht werden können, weil die Stelle hierfür nicht geschaffen werden kann.

Eines ist klar, mit dem Überbürden des Sparauftrags an die Regierung geht einher, diese dann in ihren konkreten Massnahmen zu unterstützen. Wir haben dies stets ohne Wenn und Aber getan und auch nicht via Hintertür Sparanstrengungen torpediert. Ich sichere der Regierung auch für dieses Mal unsere Unterstützung zu.

Ich bitte Sie, dem korrigierten Budget zuzustimmen. Wir werden es tun.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Die Budgetdebatte steht vor der entscheidenden Abstimmung. Es zeigt sich einmal mehr, wir hätten eigentlich auch zu Hause bleiben können. Unsere zentralen Anträge im Bereich Wald und Naturschutz und in der Gesundheit sind abgelehnt, und ebenso und vor allem wurde unser Antrag zum Steuerfuss, den wir gemäss unserer Politik bei der Neuordnung der Spitalfinanzierung um 5 Prozent erhöhen wollten, abgeschmettert. Das kann nicht das Budget der Grünen sein.

«Vier gewinnt» heisst nun definitiv «Vier verliert». Die vier Regierungsräte von SVP und FDP konnten nicht ansatzweise ihre Fraktionen zur Vernunft bringen. Da wird geschimpft und gewettert gegen die eigenen Leute. Das ist tragisch, weniger zwar für die vier Regierungsräte, die von Claudio Zanetti eh schon öffentlich zum Abschuss freigegeben wurden, als vielmehr für den Kanton Zürich und dessen

Zukunft. Eine Regierungsmehrheit ohne Hausmacht kann keine dringenden Probleme lösen. Man wundert sich, worüber in diesen Fraktionen das ganze Jahr hindurch geredet und ob da überhaupt diskutiert wird, wenn die eigenen Regierungsräte Ende Jahr mit Budgetkürzungen gezwungen werden müssen, bürgerlichen Dogmen wie der tiefen Steuerpolitik zum Durchbruch zu verhelfen. Wenn dann Thomas Vogel auch noch lauthals in der NZZ (*Neuen Zürcher Zeitung*) verkündet, dass die Regierung selber am besten wisse, wo sie sparen kann, verkommt das Ganze zu einer schlechten Schmierkomödie. Das ist wohl die einzige Möglichkeit, wie man Fehler jeglicher Politik überhaupt noch erklären kann.

Die FDP folgt in Nibelungentreue der SVP und unterstützt aktiv unsägliche Anträge zu Kürzungen bei der Bildung. Früher war dies übrigens einmal ein Kernthema dieser Partei. Jetzt herrscht da nur noch ratloses und peinliches Schweigen. Ein Blick in die Kürzungsanträge zeigt sofort auf, dass man vornehmlich bei den Regierungsräten der Linken spart und die eigenen schont. Konsequenz ist für die Bürgerlichen offenbar im doppelten Sinn ein Fremdwort. Man lässt zu, dass die Gesundheitsdirektion unter freisinniger Führung mit dümmlichen Präventionskampagnen zur Reduktion des Volks-BMI (*Bodymassindex*) nutzlos Gelder verpulvert. Man finanziert schliesslich mit 5,6 Millionen Franken das Präventionsinstitut eines Parteifreundes. Da schaut man doch lieber weg. Man schaut weg, wenn in der Verwaltung neue Stellen aufgebaut werden, um im Rahmen des Entlastungsgesetzes die Bürokratie zu bekämpfen. Nochmals ganz langsam für unsere bürgerlichen Sparfreunde: Die Verwaltung wird ausgebaut, um die Verwaltung abzubauen. Man schweigt. Kritiklos nimmt man zur Kenntnis, dass das Budget der Gesundheitsdirektion jährlich um 200 Millionen Franken steigt. Da aus ideologischen Gründen Steuererhöhungen nicht möglich sind, geht das mittel- und langfristig zulasten der Bildung. Den Schaden trägt die nächste Generation. Ich bin dann gespannt, wie die Bürgerlichen den wirtschaftlichen Kampf mit den aufstrebenden Ländern Asiens gewinnen wollen, wenn unser Geld nur noch in die Gesundheit statt in die Bildung fliesst oder gar, das ist das eigentliche Problem, schlicht in den privaten Taschen verbleibt.

Der alljährliche Ringelpiez um den Reptilienfonds 4950 mit einer Kürzung von 300 Millionen Franken zeigt deutlich auf, dass die bürgerlichen und die Mitteparteien gar nicht gewillt sind, eine eigene Politik zu gestalten. Aufgrund der Diskussionen in den Sachkommissio-

nen wissen wir ganz genau, wenn wir wollen, was allfällige Kürzungen in den Leistungsgruppen zur Folge hätten. Man kneift jedoch lieber vor der Verantwortung, offen dazuzulegen, was tatsächlich abgebaut werden soll. Das ist nicht nur feige, sondern schlicht die Weigerung, eine verfassungsmässige Aufgabe des Kantonsrates zu erfüllen, nämlich die Budgethoheit auszuüben.

Lassen Sie mich etwas zu den finanziellen Aussichten dieses Kantons sagen. Dazu sollten wir einen Blick über den Tellerrand hinauswagen und nicht nur auf Regierungspräsidentin Ursula Gut, lieber Hans Frei. Die Konjunkturperspektiven haben sich deutlich abgekühlt. Die negativen Auswirkungen auf die Exporte und in der Folge auf die Unternehmensinvestitionen werden wir im Wirtschaftskanton Zürich enorm zu spüren bekommen. Die europäische Schuldenkrise wirft ihre Schatten auch auf die realwirtschaftliche Konjunktur in unserem Kanton zum Beispiel durch restriktivere Kreditbedingungen für die Wirtschaft und insbesondere wieder für die KMU. Das SECO (*Staatssekretariat für Wirtschaft*) – übrigens auch keine linke Hochburg – prognostiziert ein BIP-Wachstum von 0,9 Prozent statt 1,9 Prozent wie in diesem Jahr. Als Folge der konjunkturellen Schwächephase dürfte die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr erstmals wieder steigen. Wir haben in den letzten Jahren vier Sparpakete geknüpft und arbeiten noch an deren Umsetzung. Es geht nicht an, dass wir durch eine sture und unflexible Steuerpolitik den Staat manövrierunfähig machen. Die Ablehnung der Steuererhöhung hat ein weiteres Abbaupaket zur Folge. In dieser schwierigen konjunkturellen Lage führen weitere Sparmassnahmen den Kanton direkt in eine Rezession. In der absehbaren Krisensituation muss der Staat unbedingt fit sein. Er muss schergewichtig Investitionen tätigen. Er wird gezwungen sein, die sich abzeichnenden Folgekosten der Arbeitslosigkeit aufzufangen. Wir haben gar keine andere Wahl.

Beim BVK-Debakel kann keine bürgerliche Fraktion die Hände in Unschuld waschen. Jetzt muss saniert werden, sonst vergrössert sich das Debakel durch abwandernde Gemeinden. Wir stehen vor grossen Bauvorhaben im Bereich der Universität und der universitären Medizin, von Schulen, Spitälern und Amtshäusern, die saniert werden müssen, und zwar nachhaltig. SVP, FDP, GLP und mit ihnen die ahnungs- und verantwortungslose Mitte stecken ihre Köpfe vereint in den Sand und weigern sich, die reale Situation zur Kenntnis zu nehmen. Wenn wir jetzt den Steuerfuss nicht anheben, muss sich niemand

wundern, wenn das Eigenkapital dahinschmilzt. Den Grünliberalen, die immer davon faseln, dass der Staatshaushalt saniert werden müsse, damit künftige Generationen keinen Schuldenberg zu bewältigen haben, sei hier klar gesagt: Mit Ihrer sturen und kurzsichtigen Steuer- und Sparpolitik wird genau das passieren. Sagen Sie dann nur nicht, Sie Grünschnäbel, man hätte Ihnen das nicht gesagt.

Die Grünen stehen ein für einen Staat, der auch in schlechteren Zeiten seine Aufgaben in allen Bereichen wahrnehmen kann. Wir fordern, dass endlich aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt wird, als über Jahre Steuern gesenkt oder abgeschafft wurden. Dem Kanton fehlen darum heute genau jene Reserven, um auch durch schwierige Zeiten mit einer Politik der ruhigen Hand steuern zu können. Sind wir ehrlich, mit Blick auf die Finanzentwicklung lässt sich der Biss in den sauren Apfel einer Steuerfusserhöhung nicht vermeiden. Die Uneinsichtigkeit, mit der Bürgerliche und Mitte geradewegs auf weitere Abbaupakete zusteuern, lassen nur eine Haltung zu: Wir lehnen das Budget ab und lassen Sie die Verantwortung selber tragen.

Benno Scherrer Moser (GLP, Uster): Manchmal wird uns vorgeworfen, wir seien nicht grün. Jetzt wurde uns von Esther Guyer bestätigt, dass wir wirklich grün sind, auch wenn sie Grünschnäbel gemeint hat. Wir Grünliberale wollen Stabilität beim Steuerfuss und Stabilität beim Aufwand. Der Kanton kann und darf sich nicht alles leisten. Auch deshalb haben wir die 300 Millionen Franken Kürzung unterstützt und stehen jetzt für den stabilen und relativ tiefen Steuerfuss ein. Stabilität ist wichtig. Unternehmungen und Private können sich so auf klare Rahmenbedingungen einstellen. Das ist nicht einfache Steuerpolitik. Ein solcher Steuerfuss lässt Privaten und Unternehmungen auch Spielraum für Konsum und Investitionen.

Ich habe gestern gestaunt, als ich den Ausführungen der Finanzdirektorin zugehört habe. Besonders bürgerlich schienen mir ihre Äusserungen nun wirklich nicht. Dass ihr in erster Linie die SP Zustimmung zollt, beweist das wohl auch. Wohl nicht nur ich habe gestaunt zu lesen, dass Regierungspräsidentin Ursula Gut die Kürzung im Reptilienfonds als rechtlich gar nicht bindend erachtet und den Auftrag gar nicht so ernst nehmen will. Da habe ich schon Mühe, ist es doch neben der Gesetzgebung Kernaufgabe des Parlaments, das Budget festzulegen, Ausgaben zu genehmigen und einen Ausgabenplafond zu

genehmigen. Genau das tun wir hier und haben wir verantwortungsbewusst getan. Wir haben vielen Budgetverbesserungen zugestimmt, die als Kürzungen bezeichnet wurden. Wir haben nur im Umweltbereich Anträgen auf eine Verschlechterung zugestimmt, sind einmal durchgekommen und einmal nicht. Trotzdem stehen wir zu diesem Budget, auch wenn es nicht unser Budget ist. Wir erachten den Sparauftrag von 300 Millionen Franken als richtig und möchten, dass der von der Regierung ernst genommen und umgesetzt wird. Er ist nicht billig, sondern richtig. Oder war es etwa weniger billig und richtiger, einfach eine 7-prozentige Steuerfusserhöhung zu beantragen? Wenn wir einsparen wollen, dann müssen wir die Anträge auf Senkung der Aufwandsteigerung nicht gleich als Misstrauensvotum nehmen, sondern als Zeichen unseres Bemühens, die Kosten im Griff zu halten.

Ich habe gestern im Zug eine Diskussion geführt. Wir haben festgestellt, dass auch bei Grossfirmen Kostensteigerungen und Luxuslösungen überall lauern. Auch dort gibt es nicht unbedingt immer ein genügendes Kostenbewusstsein. Wir kennen doch alle Beispiele im eigenen Arbeitsbereich und vor allem bei den anderen.

Wir in diesem Saal und vorher in den Kommissionen nehmen die Aufgabe wahr und ernst, dafür zu sorgen, dass das Kostenbewusstsein geschärft wird, nicht nur bei anderen Direktionen, nicht nur bei anderen Amtsstellen, sondern auch in den eigenen Abteilungen. Es war aber schon interessant zu hören, wie die Bildungsdirektorin zum Sparen in anderen Direktionen aufgerufen hat. Diesen Aufruf können wir unterstützen, sofern sie ihn auch bei sich ernst nimmt, und zwar dort in der Bildungsverwaltung. Wir haben das mehrfach betont.

Es war auch interessant zu hören, wie einer der Gerichtspräsidenten gesagt hat, dass er das Budget schon knapp formuliert hätte und dass er schon heruntergegangen sei. Haben das alle? Haben das nur Einzelne? Was bedeuten die 2,2 Prozent, die er in den Raum geworfen hat? Es ist für uns sehr schwierig zu wissen, ob wirklich knapp budgetiert wurde oder mit Luft, um die Kürzungen einfach auffangen zu können. Was wir wissen ist, dass wir Kostensteigerungen haben, denen keine neuen Leistungen entgegenstehen, die nicht weiter begründet werden. Selbstverständlich wissen wir auch, dass es ausgewiesene Aufwandsteigerungen gibt. Konkret haben wir eine Aufwandsteigerung von 1,2 Milliarden Franken zu gewärtigen.

Wir Grünliberalen stehen für den stabilen bei 100 Prozent bewilligten Steuerfuss ein, der zusammen mit den Kürzungen, die wir beschlossen haben, tragbar ist. Wir stimmen Budget und Steuerfuss zu.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil): Es gibt in diesem Rat drei Lager. Da ist zum einen die linksgrüne Ratsseite, die den Eindruck vermittelt, das Geld falle vom Himmel. Von Esther Guyer habe ich jetzt zwar gehört, dass sie durchaus Sparpotenzial in der Gesundheitsdirektion sehe. Nur leider, liebe Esther Guyer, gibt es dazu keinen Antrag. Wir hätten ihn gerne diskutiert.

Zum anderen haben wir die SVP, die dem Staat vorsätzlich Geld entzieht. Sie wollte die Steuern sogar noch senken, obwohl der Fehlbetrag im Budget beziehungsweise der Sparauftrag bereits beachtlich ist. Beides hat viel mit Ideologie zu tun, aber wenig mit Finanzpolitik. Die CVP wehrt sich sowohl gegen den unkontrollierten Ausbau als auch gegen das Totsparen. Wir sagen nicht Nein zum Staat, wir sagen Ja zu einem massvollen Staat. Wir machen das nicht aus Spass. Wir wollen, dass die Schweiz von einem Fiasko wie andere europäische Staaten verschont bleibt. Man muss nicht nur immer von Griechenland sprechen. Italien, Frankreich und Spanien stehen am Abgrund. Eine Ratingagentur überprüft zurzeit die Bonität von Österreich und Deutschland. Wollen wir auch, dass unsere Bonität in Frage gestellt wird? Nein, ich denke nicht. Wenn es eines gibt, das unser Land und unseren Kanton neben der direkten Demokratie auszeichnet, dann ist es unsere finanzpolitische Stabilität. Unser Rezept dazu lautet: Masshalten. Diesen Auftrag haben wir mit den gestrigen und heutigen Beschlüssen formuliert.

Grossen Raum nahm die Diskussion um das Konto 4950 ein. Man kann über diese Art von Anträgen sicher grundsätzlich diskutieren. Beschimpfungen, wie sie von linker Seite zu hören waren, sind dennoch fehl am Platz. Der Antrag war sicher nicht billig. Immerhin geht es um 300 Millionen Franken. Es ist sicher auch kein Trick, sondern wenn man so will, eine Zielvorgabe, die da lautet: Wir erwarten eine Kürzung von 2 Prozent. Ich erinnere auch gern daran, dass Regierungsrat ausser Dienst, Markus Notter, vor einiger Zeit gesagt hatte, Kürzungsanträge auf konkreten Positionen seien nicht bindend. Aussagen wie diese haben den Pauschalanträgen auch den Boden bereitet. Manchmal habe ich den Eindruck, dass eine solche generelle Zielvor-

gabe den Budgetverantwortlichen in der Regierung sogar lieber ist als ein punktuelles Eingreifen, das dann sofort als willkürlich bezeichnet wird. Ich gebe aber zu, der Pauschalantrag ist auch Ausdruck davon, dass der Kantonsrat an Grenzen stösst. Mir fällt zum Beispiel auf, dass sich die Sachkommissionen lieber mit neuen Gesetzen und Vorstössen befassen als mit dem Budget. Das ist verständlich, denn typischerweise lassen wir uns in eine Kommission wählen, die eine Materie behandelt, für die wir uns besonders interessieren. Das macht es bei der Budgetberatung sicher nicht einfacher. Vielleicht müssten wir einmal überlegen im Sinne der grösseren Distanz, die Direktionen übers Kreuz zu beraten. Die KPB berät das Budget der Bildungsdirektion und die KJS das Budget der Baudirektion. Ich denke, es würden andere Fragen gestellt. Zurzeit bleibt es Aufgabe der Finanzkommission, eine Linie in das Budget hineinzubringen. Das ist keine dankbare Aufgabe. Ich habe den Eindruck, die FIKO habe das wie schon in früheren Jahren gut gemeistert.

Von der Regierung erwarten wir jetzt, dass sie die politischen Signale des Kantonsrates respektiert. Wir wünschen uns zudem, dass die Finanzplanung präziser wird. Ich weiss, dass dies in diesen unruhigen Zeiten keine leichte Aufgabe ist. Aber weniger finanzpolitische Bocksprünge erhöhen auch das Vertrauen in das Budget. Zürich braucht eine konsistente, langfristig ausgelegte Finanzpolitik und eine Stabilisierung der Aufgaben. Darauf haben wir hingearbeitet. Wir unterstützen das Budget.

Peter Ritschard (EVP, Zürich): Der Zürcher Staatshaushalt ist bis heute sehr gesund. Der Kanton Zürich wirtschaftet traditionell sorgfältig. Die EVP-Fraktion dankt der Regierung und dem Staatspersonal für den grossen Fleiss und Einsatz. Wer den Zürcher Staatshaushalt mit den Defizitsünden in der EU vergleicht, braucht einen kalten WICKEL um seinen Kopf.

Mit Recht hat Jörg Kündig von der FDP moniert, die Kommissionen hätten sich zu wenig Mühe bei der Ausarbeitung von Budgetvorschlägen gegeben. Weiter hat er gesagt, dass es schwer sei, für einen Sparvorschlag in einer Leistungsgruppe eine Mehrheit zu finden. Konkrete Sparvorschläge treffen immer eine bestimmte Gruppe so zum Beispiel Planungsbüros oder Bauunternehmer. Hat es Sie etwa gewundert, dass die CVP in der Leistungsgruppe 5205, Amt für Verkehr, der Kürzung der Investitionsbeiträge nicht zugestimmt hat? Zu-

stimmung des neuen Rechtsblocks von SVP bis GLP finden vor allem Kürzungen, welche Mitarbeiter des Kantons betreffen, also Revisionsdienst, Opferhilfe, Integrationsfragen, Rekursabteilung et cetera, selbst wenn sie unsinnig sind.

Weil sie in der Geiselhaft der 300 Millionen Franken Kürzung sind, können die FDP und CVP nicht mehr so differenziert denken wie in den guten, alten Zeiten. Für die gewöhnlichen Mitglieder der GLP gilt in der Budgetdebatte neben der Priorisierung der Generalkürzung offensichtlich ein Denkverbot. Die Kürzung von 300 Millionen Franken als Pappenstein zu bezeichnen oder als Budgetungenauigkeit zu verordnen, zeugt von wenig finanzpolitischem Sachverstand aus den Reihen der CVP.

Regierungspräsidentin Ursula Gut hat den Tabubruch gewagt und ausgesprochen, was einige von uns auch schon irgendwie empfunden haben. Der Budgetprozess des grossen Kantons Zürich ist für ein Milizparlament sehr komplex. Wir bekommen von der Regierung ein sauber geführtes blaues Buch mit den notwendigen Angaben. Statt sich nach den Regeln des CRG (*Gesetz über Controlling und Rechnungslegung*) mit den Zahlen zu befassen, stellt man lieber einen generellen Kürzungsantrag in der Leistungsgruppe 4950 und delegiert die Aufgabe an die Regierung zurück. Rückdelegation, zumal eine so hemdsärmelige, ist nicht Aufgabe des Parlaments. Brauchen wir im Kanton Zürich ein Berufsparlament aus beispielsweise 60 Mitgliedern, das der Regierung ein professioneller Partner sein kann? Oder sollen wir vielleicht doch noch lernen, mit KEF und Budget sachgemäss umzugehen?

Weil der 300-Millionen-Franken-Antrag im Budget angenommen wurde, sagt die EVP-Fraktion Nein zum Budget. Was wir hier machen wollen, wurde Frustsparen, Placebosparen oder Rasenmähermethode genannt. Wir haben ein anderes Verständnis von der Arbeit des Kantonsrates. Der Staatshaushalt des Kantons Zürich ist gesund und in guter Verfassung. Mit dem 300-Millionen-Franken-Keulenschlag schaden Sie der Wirtschaft des Kantons Zürich. Auch die Verunsicherung über eine unberechenbare Finanzpolitik schadet unserem Kanton. Die Regierung wird jetzt gezwungen sein, uns gesetzliche Änderungen zwecks Sparens zu präsentieren. Diese Änderungen scheitern dann schon in diesem Haus oder später in einer Volksabstimmung.

Humor ist, wenn man trotzdem lacht. Was würde wohl Wilhelm Busch zu unserer Budgetdebatte sagen? Vielleicht wie Balduin Bäh-lamm, der verhinderte Dichter, denkt unsere Regierung nach dem 300 Millionen Franken Sparauftrag über die Festtagszeit: «Im Durchschnitt ist man kummervoll und weiss nicht, was man machen soll.» Die eine Seite dachte beim Lesen des Budgetentwurfs wie bei den von den hulden Plisch und Plum zerrissenen Hosen: «Der Gedanke macht ihn blass, wenn er fragt, was kostet das.»

Wie wir in der EVP denken, möchten wir Ihnen auch nicht vorenthalten: «Enthaltbarkeit ist das Vergnügen an Sachen, welche wir nicht kriegen.»

Für uns alle gilt gesegnete Weihnachtszeit und dann zum Trost für alle auch noch das: «Wer nicht auf gute Gründe hört, dem werde einfach zugekehrt die Seite, welche wir benützen, um darauf zu liegen und zu sitzen.»

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau): Das Ergebnis der gesamten Debatte erweist sich für die BDP-Fraktion als einen Schritt in die richtige Richtung. Die Budgetverbesserungen auf der Aufwandseite sind ein beachtliches Resultat und können aus unserer Sicht so akzeptiert werden. Dabei soll die Zusammenarbeit über die Fraktionsgrenzen nicht unerwähnt bleiben. Gerade diese Zusammenarbeit ist unumgänglich, um einem verträglichen Ziel näher zu kommen.

Für die einen sind die von der Mitte unterstützten Anträge Budgetkosmetik. Für die anderen gehen die Budgetanträge immer noch zu wenig weit. Wir sind der Meinung, mit dem vorliegenden Resultat, der Regierung einen Wegweiser in die richtige Richtung zu geben. Die BDP hat sich an den Sparbemühungen beteiligt, dies weil wir uns der schwierigen Situation bewusst sind, dass wir Sparen müssen. Wir haben mitgemacht, weil wir unsere Verantwortung wahrnehmen. Wir können nicht weiterhin mehr ausgeben, als wir einnehmen. Das heisst nicht, den Staat auszuhöhlen. Wir als bürgerliche Partei streben einen ausgeglichenen Haushalt an, dies mit einem für die Wirtschaft und vor allem für den einzelnen Bürger verträglichen Steuerfuss, was wir jetzt auch erreicht haben. Langsam kommen wir in dieser Debatte zum Wesentlichen. Wesentlich ist vor allem auch für uns, dass der Kanton für das Jahr 2012 ein Budget hat. Deshalb freuen wir uns, wenn Sie diesem Budget zustimmen.

Bei der SP und den Grünen wird dies vermutlich nicht ankommen. Doch, meine Damen und Herren von der linken Ratsseite, es wäre wünschenswert, wenn auch Sie begreifen und vielleicht den einen oder anderen Vorschlag machen würden, dass Sparen zum politischen Alltag gehört.

Dass sich die rechte Seite jetzt auch noch bewegt, so wie wir über den einen oder anderen Schatten gesprungen sind, nehmen wir gerne zur Kenntnis und dass Sie nach zwei Tagen aus Vernunftsgründen dem Budget 2012 zustimmen.

Die Regierung bitte ich, die in dieser Debatte gefällten Entscheide nicht einfach zur Kenntnis zu nehmen. Verstehen Sie diese Entscheidung bitte als Auftrag und setzen Sie diese mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zum Wohl unseres Kantons und seiner weiterhin hoffentlich positiven Zukunft um.

Heinz Kyburz (EDU, Männedorf): Wir haben in vier Sitzungen die Budgetdebatte relativ effizient durchgebracht. Dennoch war es von den fünf Debatten, die ich bisher erleben durfte, die schwächste und ernüchterndste Debatte. Die eigentliche Parlamentsarbeit wurde nicht wirklich vorgenommen. Man war sich zwar einig, dass die Budgethoheit beim Parlament und nicht bei der Regierung liegt. Wenn aber das Parlament seine Pflicht, Politik zu machen, nicht wahrnimmt und mit der 300 Millionen Franken Pauschalkürzung diese Kompetenz an die Regierung delegiert, dann fehlt dem Parlament einfach die nötige Potenz. Unsere FIKO hat Macht demonstriert und doch keine Kreativität und damit Ohnmacht gezeigt. Wer die Macht hat, braucht keine guten Argumente, muss keine gute Politik betreiben und kann durchsetzen, was er will. Was sich weltweit auf der politischen Bühne in totalitären Staaten als Tragödie abspielt, haben wir nun auch in der Allianz aus SVP, FDP, CVP und GLP erlebt. Man boxt etwas durch, solange man an der Macht ist. Wenn das so weitergeht, brauchen wir mit der Zeit nur noch eine Budgetsitzung, bei der wir nach der Eintretensdebatte gleich über den Kürzungsantrag im Reptilienfonds sprechen, um danach baldmöglichst mit der Elefantenrunde zu schliessen. Das verkauft sich dann auch unter den Schlagworten Optimierung der Abläufe und Effizienzsteigerung. Die zur Unsitte gewordenen Pauschalkürzungen im Reptilienfonds müssen abgeschafft werden. Rund 100 Millionen Franken, wie wir sie vor zwei Jahren noch hatten, waren knapp vertretbar. 300 Millionen Franken Kürzungen sind aber nicht mehr

realistisch. Mit Ihrer Ad-hoc-Allianz haben SVP, FDP, CVP und GLP der Regierung und der Verwaltung einmal mehr «arrangez-vous» gesagt. Offensichtlich gibt es da ein bewährtes Drehbuch, bei dem sich die Finanzdirektorin immer wieder als Protagonistin profilieren kann. Zu gerne hätten wir von Regierungspräsidentin Ursula Gut nun aber hinsichtlich der nicht realistischen 300 Millionen Franken Pauschalkürzung eine klare Gehorsamsverweigerung vernommen. Leider ist aber zu befürchten, dass nun erneut ein gewichtiges Sanierungsprogramm auf uns zukommen wird, das unter anderem einmal mehr die kantonalen Angestellten und die sozial Schwachen treffen wird.

Einzelne Sparanträge haben wir, wo sie Sinn machen, auch unterstützt, weil ohne Zweifel Aufwandkürzungen vorgenommen werden müssen. Ertragssteigerungen wären aber unseres Erachtens für gesunde Kantonsfinanzen auch angezeigt, sodass wir es sehr bedauern, dass der Staatssteuerfuss aufgrund der genannten Ad-hoc-Allianz bei 100 Prozent eingefroren wurde. Es bleibt aber vor allem die Ernüchterung, dass durch den Verzicht auf Steuererhöhungen die Verschuldung zunehmen wird, weil die vorgesehenen Pauschalkürzungen nicht realistisch sind. Mit der neuen Spitalfinanzierung und vor allem der BVK-Sanierung stehen ausserordentlich grosse Herausforderungen an, bei denen unser Parlament und nicht nur die Regierung gefordert ist. Es bleibt aber auch der kleine Trost, dass sich solche Ad-hoc-Allianzen in der Politik immer wieder verändern, und wir schon morgen Vormittag gespannt nach Bern schauen dürfen, welche Allianzen dort bestehen werden und welche Tragödien sich dort abspielen werden.

Es wurde uns bei dieser Budgetdebatte einmal mehr die Doppelmoral von regierenden Parteien vorgeführt, die ihre eigenen Regierungsräte massiv kritisieren und sich selber als verdiente Sparer profilieren wollen. Auch das gehört zum Drehbuch und hat sich offenbar bewährt. Nun bleibt die Hoffnung, dass trotz Drehbuch und Theater hinter allen Politikern aus allen Fraktionen auch Verantwortungsträger stehen, denen das Wohl unseres Kantons nicht am Portemonnaie, sondern am Herzen liegt. Dafür sind wir gewählt. Dafür haben wir unseren Amtseid abgelegt.

Die EDU hat sich in den vergangenen Jahren immer dafür eingesetzt, dass ein Budget zustande kommt. Es zeichnet sich auch dieses Jahr ab, dass ein solches zustande kommen wird. Das finden wir grundsätzlich auch gut. Die Art und Weise, wie dieses Budget jedoch zu-

stande gekommen ist und die vielen offenen Fragen, die mit der pauschalen Kürzung von 300 Millionen Franken verbunden sind, veranlassen uns jedoch, dieses Jahr das Budget klar abzulehnen.

Regierungspräsidentin Ursula Gut: Ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört. Es sind sehr verschiedene Voten und Beurteilungen gefallen, auch etwas sehr kontrovers. Der eine Fraktionschef hat mir eine persönliche Standpauke gehalten. Ihn möchte ich daran erinnern, dass ich das Budget des Regierungskollegiums vorgestellt habe. Der andere hat mich mit dem Christkind verglichen. Ich muss sagen, das passiert mir im Regierungsrat nie, weil ich dort fordere. Ich gebe nie.

Wünschenswert scheint mir, dass der Kanton Zürich mit einem verabschiedeten Budget ins neue Jahr geht. Es ist gut so, weil in dieser von Risiken behafteten Zeit es gut ist, wenn hier ein Risiko wegfällt. Das ändert nichts daran, dass sich die Regierung mit den Sparforderungen des Parlaments im neuen Jahr auseinandersetzen wird.

Schlussabstimmung über das Budget 2012

Der Kantonsrat beschliesst mit 102 : 68 Stimmen (bei 3 Enthaltungen), das bereinigte Budget 2012 mit einem Aufwandüberschuss von 81'782'526 Franken in der Erfolgsrechnung und Investitionsausgaben von 1'043'746'470 Franken in der Investitionsrechnung zu genehmigen.

Ratspräsident Jürg Trachsel: Ich danke Ihnen allen an dieser Stelle für die konstruktive und beförderliche Beratung und anschliessende Festsetzung von Steuerfuss und Verabschiedung des Budgets. Sie wissen es und haben es gehört, vor vier Stunden habe ich das noch bezweifelt und ein bisschen anders gesehen.

Ich bin nun deshalb sehr froh, dass wir für diese Beratungen lediglich vier der acht anberaumten Sitzungen benötigt haben, dies trotz zusätzlicher Steuerfussdiskussion. Dafür danke ich Ihnen recht herzlich, speziell aber sämtlichen Fraktionspräsidien und den Mitgliedern der Parlamentsdienste, welche meine Sitzungsunterlagen perfekt vorbereitet haben.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Festtagswünsche der Regierungspräsidentin

Regierungspräsidentin Ursula Gut: Ich freue mich darauf, mich mit Ihnen zusammen im 2012 für einen gesunden Staatshaushalt einzusetzen. Vorerst wünsche ich Ihnen frohe Festtage, gute Erholung, Nächste, die Sie durchschlafen und nicht an diese Budgetdiskussion denken lassen. Wir widmen uns im neuen Jahr wieder unseren Aufgaben. Ich wünsche Ihnen guten Rutsch in ein glückliches und gesundes 2012. Kommen Sie gut nach Hause! (*Applaus.*)

Neu eingereichte Vorstösse

- **Reduktion Sitzungsgelder für die Mitglieder des Kantonsrates**
Motion *Martin Arnold (SVP, Oberrieden)*
- **Schulversuch Halb-Tagesschulen in den Städten Zürich und Winterthur**
Anfrage *Leila Feit (FDP, Zürich)*
- **Zusammenarbeit von ETH und Fachhochschulen**
Anfrage *Ruedi Menzi (SVP, Rüti)*
- **Asylbewerber ohne gültigen Fahrausweis im ZVV**
Anfrage *Bruno Walliser (SVP, Volketswil)*

Schluss der Sitzung: 23.05 Uhr

Zürich, den 13. Dezember 2011

Die Protokollführerin:
Barbara Schellenberg

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am
9. Januar 2012.